



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGSPOLITIK



Das Magazin zu den Pilotprojekten
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Sonderausgabe | November 2014

stadt:pilot spezial

Forschung und Lehre für die Stadtentwicklung

- ▶ Wo Bund und Hochschulen zusammenkommen
- ▶ Wie man Stadt selber machen kann
- ▶ Was Studierende über die Stadt der Zukunft denken

Nationale Stadtentwicklungspolitik:
Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund,
Ländern und Gemeinden

Aus Gründen der Lesegewohnheit und der sprachlichen Vereinfachung wird bei Personen die männliche Substantivform verwendet, wenn keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich ist. Gemeint sind immer beide Geschlechter.



HEAD

CAR

EAR

HAND

SHIRT

MAN

TOWN
HALL

EYES

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

Städte sollen lebenswerte und leistungsfähige Orte für alle Bevölkerungsgruppen bleiben. Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt der Bund die Kommunen dabei, dieses Ziel zu erreichen und Städte nachhaltig und integriert weiter zu entwickeln. Auf diese Weise wird ihre ökonomische und ökologische Tragfähigkeit gestärkt, der soziale Zusammenhalt gefördert und die baukulturelle Qualität erhalten und weiter entwickelt. Die Aktivitäten

des BMUB im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung werden unter dem Dach der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zusammengeführt.

Beschleunigt durch die Megatrends der Globalisierung und der Informatisierung, vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel der ökonomischen Basis der Städte. Das Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren und neue Standortanforderungen von Unternehmen beeinflussen Bürgerinnen und Bürger, Städte und Stadtentwicklung maßgeblich. Stadtentwickler benötigen dringend wissenschaftliche Expertise über neue Handlungsmöglichkeiten, damit diese Entwicklung nicht soziale Ungleichgewichte verstärkt.

Kaum ein anderes europäisches Land verfügt über eine so ausdifferenzierte Forschung und Lehre wie die Bundesrepublik. Doch das in der Wissenschaft zusammengetragene Wissen wird immer noch zu wenig für die Praxis der Planerinnen und Planer sowie der Stadtentwicklerinnen und Stadtentwickler genutzt. Diesen Wissensschatz wollen wir heben, um zu einem besseren Verständnis zwischen Wissenschaft und Praxis beizutragen und um die Ausbildung des Planerinnen und Planer zu verbessern. Dabei leitet uns eine sehr praktische Frage: Wie kann die Wissenschaft die Praxis besser bei der Planung und Gestaltung nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik unterstützen?

Das zentrale Forum hierfür ist der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Er findet 2014 zum vierten Mal statt und wird vom Bundesbauministerium, von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und über 25 Hochschulen vorbereitet.

Das Interesse der Hochschulen wie des Bundesbauministeriums an der Fortsetzung dieses Dialogs ist groß. Deshalb diskutieren wir derzeit über eine Weiterführung der Aktivitäten, bei der die Hochschulen eine stärkere Verantwortung übernehmen. Einen Einblick in das bisher Erreichte soll der vorliegende stadt:pilot geben. Ich danke allen, die sich an diesem direkten Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik beteiligen sehr herzlich für ihr Engagement. Sie tragen mit zu einer guten Entwicklung unserer Städte bei.

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Inhalt

Editorial	5
Stadtentwicklung: Forschung und Praxis	6
Ressortforschung im BBSR	10
Die Hochschultage der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	12
Die selbstgemachte Stadt	
Hochschul-Kooperationsprojekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“	15
Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft	16
Selbstgemachte Stadt: sieben Fragezeichen	17
Zwölf beteiligte Hochschulen – Viele Ansätze	19
Beispielprojekte im Überblick	25
Winterschule in Aachen.	
38 Studierende in fünf Workshops	29
Warum wird Stadt selbstgemacht?	30
Akteure der selbstgemachten Stadt	32
Zwischen Idealis und Chaotica. Selbstgemachte Stadt, Stadt der Zukunft?	34
Die selbstgemachte Stadt – eine Annäherung	36
Selbstgemacht(e) StadtPlanung	38
„Neue Anforderungen an Planung ...“ Ein Gespräch zur selbstgemachten Stadt	41
Raus aus dem Hörsaal, rein in die Stadt!	44
Stadt als Campus	44
VorOrt in Dessau	45
Planungslabor. Urban Research and Design Laboratory	46
koopstadt Campus	46
Eine „Öffentliche Gestaltungsberatung“ in St. Pauli	47
Forum Stadtforschung	48
Hochschuldialog auch zwischen Studierenden	48
Die Online-Datenbank zu Dissertationen	49

The background image shows a stage with a complex lighting rig of trusses and spotlights. In the foreground, the backs of several audience members are visible as they sit in rows of chairs, looking towards the stage. The scene appears to be from a conference or a public event.

Editorial

Schon im Gründungsdokument der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurden eine wissenschaftliche Fundierung und das Engagement von Lehrenden und Studierenden als Basis einer integrierten Stadtentwicklungspolitik gefordert. Die Kontakte zu den Hochschulen in Deutschland wurden in der Folge unter dem Begriff „Hochschuldialog“ zusammengefasst. In diesem Rahmen wurde der Bund auf mehreren Ebenen aktiv. Die ursprünglich vorgeschlagene „Hochschulbiennale“ als neue nationale Plattform der Hochschulen wurde in Form der Hochschultage der Nationalen Stadtentwicklungspolitik umgesetzt, unter der organisatorischen Regie der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Diese herausgehobenen Veranstaltungen dienen als Bühne für eine akademische, „junge“ Perspektive auf Stadtentwicklung und als Plattform für einen produktiven Dialog zwischen Universität, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat sich zum Ziel gesetzt, das hier vorhandene Potenzial einzubinden und städtische Fragen gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Forschung und Praxis zu bearbeiten. Die Hochschultage der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bieten dafür den entsprechenden Rahmen. Bei den in einem Abstand von zwei Jahren stattfindenden Veranstaltungen tauschen sich Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Forschung zu aktuellen Forschungsfragen der urbanen Entwicklung aus. Hier werden aktuelle Methoden diskutiert, Forschungsvorhaben abgestimmt und der Austausch zwischen verschiedenen Disziplinen und Hochschulen gepflegt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Hochschuldialogs liegt darin, aktuelle Forschungsfelder mit den Gedanken junger, angehende Stadtplanerinnen und Stadtplaner zusammenzubringen. Dazu dient das Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“. Es bietet Studierenden die Möglichkeit, in aufeinanderfolgenden Sommerschulen hochschulübergreifend Planungsthemen der Zukunft zu bearbeiten. Die Ergebnisse dieser besonderen Zusammenarbeit werden in Publikationen für die Fachöffentlichkeit aufbereitet und auf den Hochschultagen auf kreative Weise vorgestellt. Damit ist die Hoffnung verbunden, durch den noch nicht durch schlechte Erfahrungen und Pragmatismus verengten Blick des Nachwuchses neue Erkenntnisse für Forschung und Praxis zu erhalten. Die Ergebnisse der aktuellen Winterschule werden in diesem Heft dargestellt. Das Thema „Selbstgemachte Stadt“ lag den Studierenden besonders nahe, das große Engagement wird in den von Ihnen gestalteten Seiten deutlich spürbar.

Im Anschluss werden verschiedene weitere Projekte vorgestellt, die im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durchgeführt wurden und die auf ganz unterschiedliche Art und Weise die Verbindungen zwischen Hochschulen und Stadtentwicklung konkret werden lassen. Nur selten sind es theoretische Studien, öfter dagegen Formate einer praxisbezogenen Lehre, die sich in die Stadtentwicklung vor Ort einbringt und „Stadt als Campus“ interpretiert.

Mit der Datenbank zu Dissertations- und Forschungsvorhaben von Nachwuchswissenschaftlern, die wir in diesem Heft vorstellen, verfügt die Nationale Stadtentwicklungspolitik schließlich über einen weiteren Baustein zur intensiven Vernetzung von Politik, Praxis und Hochschulforschung. Die Datenbank bietet einen Überblick zur aktuellen Stadtforschung in Deutschland und leistet einen wichtigen Beitrag zur fachlichen Abstimmung zwischen den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Stadtentwicklung: Forschung und Praxis

Wie ist es um das Verhältnis zwischen akademischer Annäherung und praktischer Planung in Deutschland bestellt? Was sind wichtige Fragen? Wer lernt von wem? Und welche Rolle spielen dabei neue Ansätze? Hier die Ansichten einiger Experten aus unterschiedlichen Sphären der Stadtentwicklung. Die Fragen waren:

- 1 Wie schätzen Sie das Verhältnis von Forschung und Praxis im Bereich Stadtentwicklung in Deutschland ein?
- 2 Welche Anforderungen an eine gute Ausbildung ergeben sich dadurch? Welche Rolle könnten die Hochschulen in Zukunft übernehmen?

Im Alltag fehlt Praktikern oft die Ruhe, Muße und der Abstand die eigene Arbeit zu reflektieren. Hier kann und sollte Wissenschaft beobachten, hinterfragen, aufmerksam machen, abstrahieren, wieder auf die Realität herunterbrechen und das gewonnene Wissen praxistauglich aufbereiten und lehren. Sie sollte dabei aber sensibel sein, mit ihrem Blick von weit oben aus dem Elfenbeinturm: gemachte Fehler zu benennen ist relativ einfach. Hinweise zu geben, was man mehr, besser und anders machen kann auch. Dies dann aber auch tatsächlich zu tun, ist eine ganz andere Dimension der Herausforderung. Stadt(entwicklung) braucht Interdisziplinarität, Toleranz und Kommunikation, manchmal auch etwas Mut und Geduld. Was können Hochschulen hier leisten? Lehrpläne ändern? Studienzeiten verlängern? Mehr Praktika einfordern? Vor allem können sie eins: ein Lernort und Vorbild für Interdisziplinarität, Toleranz und Kommunikation sein. Um dies den Studierenden vorzuleben, muss der ein oder andere Lehrende aber womöglich noch über seinen Schatten springen.

Dr.-Ing. Elke Becker, Deutsches Institut für Urbanistik, Leiterin Bereich Fortbildung

Als Quartiersmanagerin in Gebieten der Sozialen Stadt habe ich mir oft gewünscht, mein Handeln mehr reflektieren zu können. Jetzt als Forscherin sehne ich mich manchmal danach, die planungstheoretischen Debatten links liegenzulassen. Aber gerade der Perspektivwechsel hat mir gezeigt: Planungstheorie kann im besten Fall ein Entzerr-Spiegel sein – für Praktiker und Studierende gleichermaßen. Wo Komplexität vorherrscht, kann Forschung dabei helfen, das Bild zu ordnen: Es treten Muster heraus, die Anhaltspunkte fürs Verstehen und Handeln bieten. Die beste Theorie bietet Erklärungsansätze, um Praktikern zu helfen, das Allgemeine im Speziellen und damit auch geeignete Strategien der Stadtentwicklung zu erkennen. Diese Fähigkeit auch schon in der Lehre zu vermitteln, erfordert ein geschicktes Zusammenspiel von Theorie und Praxis-Lernen, wie es besonders im Projektstudium vermittelt wird. Transdisziplinäres Lernen zwischen Forschung und Praxis sollte in neuen, lebendigen Veranstaltungsformaten (z. B. Open Space, Barcamps) gestaltet werden, die echten Dialog fördern.

Sara Reimann, Doktorandin und Mitwirkende im Forum Stadtforschung, Netzwerk Wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie freiberuflich Tätiger im Bereich der Stadtforschung

Vermutlich ist die Stadtplanung da nicht anders als andere Disziplinen: Der immer wieder und zu Recht geforderte intensive Kontakt zwischen Theorie und Praxis ist nicht selbstverständlich. Sowohl die an Internationalität und allgemeingültigen Aussagen interessierte Forschung als auch die an Umsetzung und konkreter Veränderung orientierte städtebauliche Praxis haben jeweils eigene Logiken, Gratifikationssysteme und Zeithorizonte. Die Wissenschaft muss wissen, dass Stadtplanung letztendlich auf Interessensausgleich und konkrete Maßnahmen zielt. Der Praktiker wird andererseits immer auch die wissenschaftliche Analyse im Blick haben müssen. Deutschland verfügt auch im internationalen Vergleich über wissenschaftliche Expertise auf höchstem Niveau. Wir haben eine sehr dichte Forschungslandschaft – aber kaum jemand wird behaupten, dass es nicht auch Defizite in der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis gibt. Um das zu ändern, müssen Praxis und Forschung näher zusammenkommen. Das muss schon in der Ausbildung beginnen. Studierende müssen möglichst früh in die Planungspraxis gehen und in und an der „Wirklichkeit“ lernen. Das ist eine Aufgabe der Hochschulen, von der ich mir wünsche, dass sie noch bewusster wahrgenommen wird. Bei der Frage, wie Wissenschaft die Praxis bei der Planung und Gestaltung nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik besser unterstützen kann, sollte man im Auge behalten, dass Kooperation und Koordination nicht selbstverständlich sind. Sie wachsen am besten bei der gemeinsamen Bearbeitung von konkreten Projekten und Vorhaben. Diese Aufgabe kann nicht im Wettlauf mit der Zeit erledigt werden, aber man sollte sie angehen.

Dr. Ulrich Hatzfeld, Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung und Wohnen im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Ich nehme die Forschungslandschaft im Bereich Stadtentwicklung in Deutschland als stark anwendungs- und handlungsorientiert wahr, insofern als die gesetzten, großen gesellschaftlichen Fragen behandelt werden: nachhaltige Entwicklung, demografischer Wandel, Energiewende. Auf der anderen Seite bleibt dann scheinbar wenig Raum (oder Ressourcen) für neue Themen, die vielleicht noch nicht auf der großen Agenda stehen. Eine der Hauptfragen wird darum sein, wie die Forschungslandschaft so gestaltet werden kann, dass auch neue Themen gesetzt werden können. Mein Institut z. B. arbeitet fast ausschließlich mit Partnern aus der Praxis, sprich Vertreterinnen von Städten und Gemeinden zusammen. Dort drückt der Schuh oft an ganz unvermuteten Stellen. Es wäre gut, diese Themen direkter beim BBSR einspeisen zu können – dazu brauchen wir ein Bottom up-Format!

Die Grundfinanzierung unserer Universitäten stammt aus öffentlichen Mitteln. Ich denke daher, dass es in der Ausbildung der Studierenden darauf ankommt, die Ergebnisse ihrer Kreativität zurück zu speisen in den öffentlichen Sektor. Unsere Arbeit soll vorerst der öffentlichen Hand zu Gute kommen. Daraus ergeben sich wertvolle Synergien: die Studierenden profitieren vom Erfahrungsschatz städtischer Verwaltungen, sie verstehen deren Belange und Arbeitsweise. Auf der anderen Seite profitieren Städte und Gemeinden von der Kreativität und vom Ideenreichtum unserer Studierenden. Solche transdisziplinären Lehr- und Forschungsformate umzusetzen ist aber aufwendig und fordert von allen Beteiligten großes Engagement. Wie auch immer: dort sehe ich die Zukunft einer zeitgemäßen Ausbildung im Bereich Architektur, Städtebau und Stadtplanung.

Prof. Dr. Vanessa Miriam Carlow, Institute for Sustainable Urbanism ISU, Technische Universität Braunschweig

Zunächst kann festgehalten werden, dass ein Verhältnis zwischen Forschung und Praxis besteht. Insbesondere das projektorientierte Studieren an den Hochschulen ermöglicht es, dass Studierende und Praktiker regelmäßig in einen Dialog zu Herausforderungen und aktuellen Entwicklungen der Stadtentwicklung treten. Insofern besteht ein seit vielen Jahren etabliertes Verhältnis zwischen Forschung und Praxis, das jedoch ein wenig angestaubt scheint. Es ist daher nötig, sich diesen Wert des Austausches wieder bewusst zu machen. Insofern ist das wichtigste Instrument der kontinuierliche Austausch. Die Stadtentwicklung und ihre tradierten Regeln und Verständnisformen werden derzeit mehr denn je durch Themen wie Klimawandel, knappe kommunale Kassen und den Selfmade-Willen engagierter Bürgerinnen und Bürger ernsthaft in Frage gestellt. Dieser komplexen Herausforderung muss sich die Praxis täglich stellen. In vielfältiger Form werden diese auch an den Hochschulen zum Thema gemacht. Nicht immer haben Hochschulen Lösungen parat, sie sind aber eine gute Anlaufstelle um Menschen zu treffen, die aktuelle Diskurse und Entwicklungen erklären können.

Dem sollten sich die Hochschulen bewusst werden. Dem sollte sich die Praxis bewusst werden. Beide sollten sich diese Möglichkeiten wieder stärker zu Nutze machen und sie im Rahmen ihrer Arbeit ermöglichen. Zum Beispiel indem das bestehende Verhältnis zwischen Forschung und Praxis wiederbelebt wird: Durch eine Zusammenarbeit in Studienprojekten, im Rahmen studienbegleitender Praktika, beim Nebenjob im Planungsbüro, bei der Ringvorlesung mit Gastdozenten aus Politik (!) und Praxis oder bei der gemeinsamen Betreuung von Abschlussarbeiten. Das Rad muss nicht immer durch neuere, vermeintlich noch innovativere Formate und Projekte neu erfunden werden. Für's erste reicht es, wenn bestehende Formate der Kooperation zwischen Forschung und Praxis wieder belebt würden.

Anna Galda, urbanophil.net - Netzwerk für urbane Kultur e. V.

Stadtentwicklung, Stadtplanung und Städtebau sind als wissenschaftliche Disziplinen traditionell mit der Planungspraxis an ihren jeweiligen Hochschulstandorten vernetzt. Die Praxis bereichert Forschung und Lehre durch aktuelle Themen, Erfahrungen, Ansprechpersonen und häufig auch durch Lehrbeauftragte. Sie spannt den Reigen möglicher Betätigungsfelder der Absolventinnen und Absolventen auf und ist potenzielle Arbeitgeberin. Umgekehrt liefert die Hochschule sowohl interessierte und fragende Studierende, als auch innovative Lösungsideen für vor Ort anstehende Probleme. Über die kommunale Ebene hinaus sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Gremien der Stadtentwicklungspolitik zugegen. Aber reichen einseitige Konsultationen aus? Oder gibt es nicht eine Reihe von Aufgaben, die nur durch die gezielte Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis effizient zu bewältigen sind?

Brigitte Adam, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Deutschland besitzt eine hohe Dichte an Hochschulen und Forschungsinstitutionen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven und disziplinären Hintergründen mit Rahmenbedingungen und Herausforderungen der Stadtentwicklung befassen. Und gleichermaßen groß ist der Fundus an durchaus experimentellen Zugängen in der Planungspraxis, mit denen die Städte auf die vielschichtigen Herausforderungen reagierend und gestaltend agieren. Das sich daraus ergebende Wechselverhältnis von Forschung und Praxis gehört verstärkt in den Fokus gestellt. Über übliche Symposien hinausgehend, bedarf es dazu geeigneter Plattformen, Anlässe und Formate, die die Interaktion und das gemeinsame Verstehen und Lernen, beispielsweise im Rahmen von Living Labs, zum Gegenstand haben.

Grundlegend steht Stadtentwicklung für die Entwicklung neuer Steuerungsformen in offenen, nicht determinierbaren Systemen. Vor dem Hintergrund vielschichtiger Herausforderungen ist sie darauf angelegt, Interessen und Handlungsziele zu vernetzen, zu koordinieren und in praktisches Handeln zu transformieren. Hier stehen die Hochschulen in einer besonderen Verantwortung. Die kontinuierliche Veränderung der Rahmenbedingungen und Herausforderungen erfordert die stete kritische Reflexion der Alltagspraxis ebenso, wie sie zu Positionsbestimmungen verpflichtet. Dieser Anspruch bedingt das inter- und transdisziplinäre Wechselspiel zwischen den unterschiedlichen technologischen, ökologischen und gesellschaftlichen Sphären der Stadtentwicklung und ist darauf angelegt, die Grenzen des eingefahrenen Denkens und Handelns zu erweitern. Beobachtungsgabe, Mut, Experimentierfreude, Gestaltwille, Einfalls- und Ideenreichtum, Verantwortungsbewusstsein und Reflexionsfähigkeit wie auch die Fähigkeit zur Improvisation sind dann jene Eigenschaften, die neben den technischen und gestalterischen, rechtlichen und instrumentellen Kompetenzen im Rahmen der Ausbildung an Bedeutung gewinnen.

Prof. Rudolf Scheuven, TU Wien

Stadtentwicklung ist ein sehr breites Themenfeld mit sehr unterschiedlichen und spannenden Facetten. Ich finde es jedoch manchmal schade, dass wir uns zu sehr in bestimmte Richtungen festbeißen und den Gesamtüberblick verlieren. Über allem scheint nur noch das Geld zu schweben, das in Form von Förderangeboten, Drittmitteln oder Kosten-/Nutzenrechnungen die Marschrouten für wesentliche Inhalte vorgibt. Hier müssen beide Seiten wieder freier werden, um lebens- und liebenswerte Lösungen für die Stadt von Morgen zu finden, ohne zu gebannt auf ökonomische Faktoren zu achten. In Zukunft wird es daher noch wichtiger sein, das integrierte und vernetzte Denken zu fördern, um eine Stadt zu entwickeln. Es muss ein Bewusstsein für die gegenseitigen Stärken ganz unterschiedlicher Professionen entstehen. Wir sollten nicht weiter in diesem ewigen Konkurrenzdenken verharren. Die Hochschulen sind daher noch stärker gefordert, dieses Bewusstsein zu stärken und Angebote zum Erlernen von entsprechenden Qualifikationen zu ermöglichen. Einen guten Schritt haben die meisten Planungsfakultäten mit dem Projektstudium schon getan, dieses Konzept gehört für mich auch auf andere Disziplinen übertragen. Ich bin froh, dass ich im Rahmen meiner Tätigkeit Praxis und Forschung verbinden kann, da ich sowohl in der Privatwirtschaft als auch an der Hochschule arbeite. Ich stehe dadurch in engem Austausch mit vielen unterschiedlichen Professionen, die sich alle gleichermaßen für Stadt(entwicklung) interessieren. Diese Erfahrung und das neue Wissen sind ein wichtiger Bestandteil für mein professionelles Handeln.

Dipl.-Ing. Frank Schulz, Stadtplaner AKNW, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dortmund, Mitarbeiter bei der steg NRW GmbH in Dortmund sowie Mitbegründer des informellen Netzwerkes „Forum Stadtforschung“

Selbstkritisch ist zu fragen, ob sich die universitäre Stadtforschung in ausreichendem Maße den Herausforderungen einer globalisierten Stadtentwicklung stellt. Dies betrifft nicht nur die Beschäftigung mit außereuropäischen Entwicklungen, sondern auch die zunehmende Verflechtung der Metropolregionen weltweit und ihre Rückwirkung auf die nationale Stadtentwicklung – Stichwort: Transnationalisierung der Städte. Es ist auch zu fragen, inwieweit die Ausbildung von Architekten und Planern über den deutschen Kontext hinaus diese zur Lösung von Bau- und Planungsaufgaben auch im internationalen Kontext qualifiziert. In zunehmenden Maße sind – auch international – zivilgesellschaftliche Akteure (Bürgerinitiativen/Civil Society Organisations) in Stadtentwicklungsprozesse einzubeziehen. Dabei stellen sich auch neue Herausforderungen hinsichtlich der demokratischen Legitimierung, insbesondere was die Einbindung von ausländischen Bevölkerungsgruppen auf kommunaler Ebene angeht. Die städtische Gemeindeverfassung, die sich in der europäischen Geschichte unter unterschiedlichsten politischen Verhältnissen als Konstante erhalten hat (Polis, Civitas, Kommune), wird neu zu denken sein. Die Verfassung der europäischen Kommunen wird den neuen Verhältnissen nicht gerecht – nicht nur, dass diese Teil des nationalstaatlichen Raums (und auch teilweise eines suprastaatlichen, wie der Europäischen Union) sind und damit eben nicht nur frei gewählte Selbstverwaltungsorgane sondern auch weisungsgebundene Verwaltungsinstanzen darstellen, schließen sie beispielsweise in ihrer jetzigen Struktur einen großen Teil ihrer Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen aus. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Offenbach in der Metropolregion Rhein-Main, die über 30 Prozent ausländische Mitbürger ohne Wahl- und Stimmrecht (und zumeist befristeter Aufenthaltsgenehmigung) als Einwohner hat. Dies kann als Hinweis genommen werden, über neue Formen translokaler politischer Willensbildung jenseits der Formen repräsentativer demokratischer Prozesse nachzudenken – und den Raum dafür zu gestalten.

Für die Ausbildung von Architekten, Planern und Gestaltern, die sich mit der Entwicklung der Stadt befassen, ist es grundlegend die Stadt nicht nur als Siedlungsform, sondern auch als politisches Gemeinwesen zu begreifen. Es ist das zu gestaltende Gemeinwesen, das, was Stadt in einem ursprünglichen Sinne meint: die Schaffung eines gemeinsamen Handlungsraums, einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Perspektiven eines „guten Lebens“, das in der Verantwortung für das Ganze gründet. Dass dieses „Ganze“ heute fragmentiert ist, sich in unterschiedlichen Raumkonfigurationen lokal wie global entfaltet und nicht mehr in einer in sich geschlossenen Gemeinschaft wie der antiken Polis formieren kann (und soll), stellt die Herausforderung für unsere Zeit dar. Wie eine großangelegte Studie der Universitäten Amsterdam und Toulouse in elf europäischen Städten 2009 gezeigt hat, sind die Hochschulabsolventen in Europa ausgesprochen sesshaft. Nahezu zwei Drittel der Hochschulabsolventen leben und arbeiten in der Stadt bzw. Metropolregion, in der sie geboren sind und/oder studiert haben. Entsprechend hoch ist die Bindungskraft der Hochschulen an ihrem Standort. Entsprechend sollten sich die Hochschulen stärker kommunal wie regional engagieren und damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.

Prof. Dr. Kai Vöckler, Hochschule für Gestaltung Offenbach

Forschen für Stadt und Land

Ressortforschung im BBSR

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Die Wissenschaftler unterstützen das Ministerium in den Politikfeldern Stadt- und Raumentwicklung, Wohnungs- und Immobilienwesen sowie Bauwesen. Etwa 160 Mitarbeiter arbeiten derzeit in Bonn und Berlin. Kernaufgaben des BBSR sind Forschung und Entwicklung sowie wissensbasierte Dienstleistungen.

Die Wissenschaftler im BBSR

- erarbeiten Analysen, Expertisen, Berichte und Stellungnahmen
- begleiten fachlich politische Maßnahmen und Programme und entwickeln sie weiter,
- betreuen die Forschungsprogramme und Initiativen des BMUB
- fördern in Netzwerken und Gremien den fachlichen Austausch
- vermitteln wissenschaftliche Erkenntnisse durch Publikationen, Veranstaltungen und Websites
- pflegen Daten- und Informationsgrundlagen für Analysen und Prognosen

In der Raum- und Stadtentwicklung bestimmen der demografische Wandel und der Klimawandel, die Entwicklung der Städte und Regionen zwischen Wachstum und Schrumpfung, aber auch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts die Forschungsagenda des BBSR. Der Blick richtet aber sich auch auf die Anpassungs- und vor allem Widerstandsfähigkeit unserer Regionen, Städte und Gemeinden. Fragen der Resilienz werden nicht nur angesichts des Klimawandels künftig an Bedeutung gewinnen. Im Bereich Wohnen sind die Spaltung der Immobilienmärkte und die qualitative Fortentwicklung des Bestands zentrale Forschungsthemen: Hochpreisregionen stehen Regionen gegenüber, in denen die Mieten und Preise stagnieren und die mit wachsendem Leerstand zu kämpfen haben. Strategien für die einzelnen regionalen Märkte sind gefragt. Das Institut leistet dazu einen Beitrag, etwa mit Studien zur Mietenentwicklung, zum Wohngeld, zu den Kosten der Unterkunft und zu den Strukturen der Anbieter.

Jährlich starten neue Forschungsprojekte, die Umsetzung in Studien und Forschungsfeldern erfolgt durch die Beauftragung von Forschungsinstituten und Hochschulen. Vor allem der Experimentelle Wohnungs- und Städtebau ist dabei ein wichtiges Programm, in dem neue Planungsansätze und Instrumente erprobt werden können. Die Begleitung der Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ergänzt die Ressortforschung durch die Sondierung besonders innovativer Praxisprojekte. Beispiele aktueller Forschungen sind:

Jugend.Stadt.Labor

Junge Menschen haben starke, eigene Vorstellungen zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Wenn sie über selbstbestimmte Strukturen und Räume verfügen, können sie diese Vorstellungen auch überzeugend umsetzen und durch ihre Kreativität und ihr Engagement entscheidend zu einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung beitragen. In den Modellvorhaben des Forschungsfeldes, den „Jugend.Stadt.Labors“ geht es nicht allein um die Förderung einzelner Jugendprojekte, sondern um den Aufbau längerfristiger Beteiligungsstrukturen für junge Menschen, die in selbstorganisierten Räumen über ihre Städte diskutieren und diese aktiv mitgestalten möchten. Ziel ist die Entwicklung innovativer Ideen zu den Themen Stadtraum, Wirtschaft, Grüne Zukunft, Wohnen und Bildung. Die aus der Diskussion entstehenden Ideen sollen zu verschiedenen Impulsprojekten weiterentwickelt und mit Partnern zusammen umgesetzt werden. Damit liegt der Fokus des Forschungsvorhabens auf der Bildung von Netzwerken und Kooperationen und der Erforschung neuer Beteiligungsmodelle zwischen jungen Stadtmachern, der Kommune, Gebäudeeigentümern und Unternehmen. Durch den Bezug zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung sollen die „Jugend.Stadt.Labore“ einen stärkeren Einfluss auf die lokale Stadtentwicklungspolitik entfalten können. Die Kommunen sind aufgerufen, strategische Schnittstellen zu dieser jungen Generation von Stadtmachern aufzubauen.



Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier



Stockübung

Der Strukturwandel in Deutschland zeigt sich insbesondere in den Städten und Gemeinden. Vor allem in städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtquartieren ist diese Veränderung zu spüren. Dort lebende Langzeitarbeitslose und gering qualifizierte Jugendliche haben es in der Regel nach wie vor schwer, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu bestehen. Damit sich die Schere zwischen Menschen mit Arbeit und denjenigen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, nicht weiter öffnet, sind vermehrte Anstrengungen aller relevanten Akteure gerade in diesen Quartieren nötig. Ergänzend zum Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ hat der Bund daher aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds das stadt- und ortsteilbezogene Arbeitsmarktprogramm BIWAQ aufgelegt. Das BBSR ist verantwortlich für die wissenschaftliche Begleitung des Programms.

Der Wohnort darf nicht zum benachteiligenden Faktor auf

dem Arbeitsmarkt werden. Sozialraumorientierte Programme wie BIWAQ setzen genau dort an, indem sie die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigen und Wege zeigen, wie Barrieren in den Arbeitsmarkt überwunden werden können.

Regine Wagner ist Projektleiterin für das Bundesprogramm BIWAQ

Frau Wagner, was ist für Sie das Spannende an diesem Programm?

Die Vielfalt und das Engagement vor Ort. Es sind viele erfolgreiche Ansätze entstanden, die deutlich macht, dass es sich lohnt, lokale Ideen und Potenziale aufzugreifen und zu unterstützen.

Welche Methoden wenden Sie bei der Begleitung der Projekte an?

Wir benutzen sowohl quantitative als auch qualitative Analyseverfahren, um zu verstehen, was in den Projekten vor Ort passiert. In Themenwerkstätten reflektieren wir unsere Befunde gemeinsam mit Akteuren aus den Projekten, ermitteln Gemeinsamkeiten und fördern das Lernen aus gesammelten Erfahrungen.

Gibt es greifbare Ergebnisse?

BIWAQ hat nicht nur die Arbeitsmarktsituation der Beteiligten verbessert. Durch das Zusammenwirken gebiets- und personenbezogenen Maßnahmen wurde zugleich auch das nachbarschaftliche Miteinander in den Quartieren gestärkt. Aber die Potenziale quartiersbezogener Arbeitsmärkte sind begrenzt. Erfolgreiche Ansätze müssen Netze aufspannen, die über die Quartiere hinausreichen.

Urbane Strategien zum Klimawandel

Sowohl Ursachen als auch Folgen des Klimawandels betreffen vor allem städtische Räume. Der Klimawandel verstärkt die ohnehin ausgeprägten urbanen Wärmeinseln. Die gebaute Umwelt, also Gebäude und Infrastrukturen, Quartiere und ganze Städte reagieren besonders sensibel auf die absehbare Veränderung des Klimas (Hitzeperioden, Extremwetterungen, Hochwasser). Die Konsequenz: Städte auch in Deutschland müssen sich schon jetzt auf den Klimawandel vorbereiten. Stadtverwaltungen, aber auch Unternehmen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, sind gemeinsam gefordert, integrierte Strategien zum Schutz vor dem und zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln.

Für die praktische Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung in Stadt und Region stellt das BBSR wertvolle Arbeitshilfen zur Verfügung. Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurde von der Forschungsassistenz zudem das Webportal klimastadtraum.de entwickelt. Es dient als Plattform, um aktuelle Forschungsergebnisse und praktische Projektbeispiele aus verschiedenen Forschungsfeldern des BBSR zu präsentieren. Das Online-Tool Stadtklimalotse ist ein akteursbezogenes Beratungsinstrument zur Auswahl von geeigneten Klimaanpassungsmaßnahmen für die kommunale Stadtentwicklung. Es umfasst einen Pool von mehr als 140 Maßnahmen, aus denen lokale Akteure für den lokalen Kontext ihrer Kommune die interessantesten Maßnahmen auswählen können.

Die Hochschultage der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

„Welchen Wissensbedarf hat die städtebauliche Praxis für ihre auch längerfristig und grundsätzlicher orientierte strategische Aufgabenerfüllung? Welche Fragen an die Praxis stellen sich in Projekten der Forschung und Lehre aus dem Wissenschaftsbereich?“

Die Anforderungen an die Hochschulen für Studienprogramme und Forschungsleistungen in Städtebau und Stadtentwicklung sind in den letzten Jahren wesentlich gestiegen. Die Bologna-Beschlüsse der EU haben zu neuen, detailliert vorstrukturierten und periodischer Akkreditierung unterworfenen, Bachelor- und Masterstudiengängen geführt. Forschung orientiert sich jenseits inhaltsbezogener Motivation zunehmend an Drittmitteldotierungen. Der kollegiale Austausch der in der Forschung und Lehre Tätigen untereinander hat vor diesem Hintergrund eine neue Bedeutung gewonnen.

Aber auch das Praxisfeld der Planung und der städtebaulichen Entwicklung ist zunehmend komplexer und in der Ausrichtung auf eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklungspolitik wesentlich anspruchsvoller geworden. Neue Herausforderungen, die sich aus Klimawandel, Energiewende und veränderten demografischen Perspektiven ergeben, sollen mit ihren unterschiedlichen technischen, ökonomischen sowie sozialen Implikationen wesentlich durch innovatives planerisches Handeln bewältigt werden. Der Bedarf an wissenschaftlicher Unterstützung für das pragmatische Alltagshandeln, aber auch für grundsätzliche, längerfristig zu lösende Fragen, ist seitens der Akteure der Stadtentwicklung hierdurch merklich gestiegen.

Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik greift diese Zusammenhänge und Defizite auf, bietet eine republikweit wahrgenommene Bühne des übergreifenden Austausches und hat sich nach dreimaliger Durchführung als das zentrale Forum des Wissenschaft-Praxis-DIALOGs in Fragen der Stadtentwicklung etabliert. Eine intensive Beteiligung zahlreicher Technischer Universitäten und Fachhochschulen, die Städtebau und Raumplanung als Studienfach anbieten belegt ein großes erwartetes Interesse am gemeinsamen Dialog zu Forschung und Lehre zwischen diesen den Wirkungsbereichen Wissenschaft, Praxis und Politik.

Eine weitere Besonderheit zeichnet den Hochschultag aus: Er bietet nicht nur Professorinnen und Professoren ein Forum sondern zeichnet sich auch durch die Mitwirkung von Studierenden und Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Auch Praktiker aus Stadtentwicklung und Städtebau nehmen das Angebot eines Dialogs zu neuen Verbindungen mit der Wissenschaft engagiert an. Hier geht der Bedarf an Wissen über die eingeübte Beratung für alltägliche Planungsfragen hinaus und richtet sich auf eher strategische grundsätzliche Themen der Stadtentwicklung mit langfristigem Handlungsrahmen.

So hat sich der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik seit 2009 als besondere Plattform des direkten Dialogs zwischen den Hochschulen und der Praxis über die zentralen Fragen der Stadtentwicklung und ihre Behandlung in Forschung und Lehre etabliert. Der Hochschultag ist somit wichtiger Bestandteil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Unter der Projektleitung der TU Darmstadt bereiten Angehörige von über 25 Hochschulen gemeinsam mit Praxispartnern die im zweijährigen Rhythmus stattfindende Konferenz inhaltlich vor.

Die ersten drei Hochschultage orientierten sich inhaltlich jeweils an den sechs Handlungsfeldern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik (Zivilgesellschaft, soziale Stadt, Innovationen als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, Klimaschutz und globale Verantwortung, Baukultur, Regionalisierung). Der 4. Hochschultag hat sich zur Eingrenzung dieser komplexen Themenstellung mit der Überschrift „Wohnen und Stadtentwicklung“ einen engeren Fokus gesetzt, der gleichzeitig an die aktuellsten Herausforderungen der Praxis anknüpft.

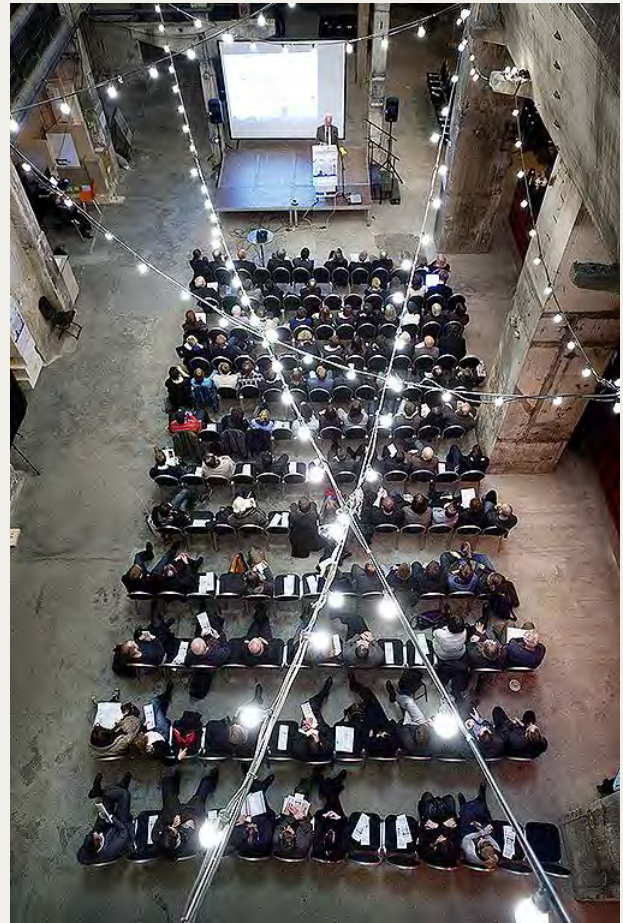


Die Einzigartigkeit des Hochschultages als eine alle universitären Standesgruppen einbeziehende Tagung mit dem Anspruch gleichzeitigen Praxisdialogs. Prof. Dr. T. Krüger, Hamburg



2. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

4. – 6. November 2010 im ehemaligen Kraftwerk Mitte, Berlin
in den Räumen der Ausstellung „Realstadt. Wünsche als Wirklichkeit“



Bundesministerium und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung boten den Hochschulen hier ein Forum zum direkten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Angehörige von über 25 Hochschulen bereiten gemeinsam mit Praxispartnern die Konferenz inhaltlich vor. Inhaltlich orientieren sich die Hochschultage an den sechs Handlungsfeldern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

„Weiter Blick und langer Atem“ 3. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

26. – 28. April 2012, EUREF Campus, Gasometer Berlin-Schöneberg



„Ich meine, es ist an der Zeit, derartige nicht unwahrscheinliche Zukünfte durchzuspielen, um herauszufinden, wie man schrittweise eine resilientere Raumstruktur so vorbereiten könnte, dass sie sowohl der Gegenwart dient als auch zukünftigen Belastungen standhält. Dabei sollten wir die herrschende Unbestimmtheit als Chance erkennen und nutzen für Planungs- und Bauexperimente in Richtung Resilienz. Resilient planen, bauen und umbauen wird im Zeitalter des Klimawandels und der Umstellung auf erneuerbare Energien zu einer anderen Baukultur führen, zu einer Baukultur, in der viel weniger als bisher, aber dafür weit-sichtiger und umsichtiger gebaut würde, zu einer Baukultur, in der rechtzeitig mitbedacht würde, ob und wie eine schrumpfende und ärmer werdende Bevölkerung die Unterhaltslast der riesigen aufgehäuften Baumassen, vor allem aber der Infrastruktur, tragen könnte; zu einer Baukultur, die die notwendige, qualitätsvolle Transformation des Baubestands als ihre Hauptaufgabe sieht.“

Prof. em. Thomas Sievert



Die selbst- gemachte Stadt



Hochschul-Kooperationsprojekt

„Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“

Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft

Studierende aus zwölf Hochschulen denken Stadt neu

Mit dem aus Fördermitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik finanzierten Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ wird Hochschuldialog auf mehreren Ebenen betrieben. Seit 2009 arbeiten hochschulübergreifend verschiedene Lehrstühle der Stadt- und Regionalplanung zu gemeinsamen zukunftsweisenden Themen, erproben experimentelle Arbeitsweisen und erforschen neue planerische Handlungsansätze. Der Austausch zwischen den Studierenden der beteiligten Hochschulen steht dabei im Vordergrund. Zugleich sollen die Gedanken und Ideen der angehenden Planer zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung in die Fachöffentlichkeit getragen werden. Kern des Projekts sind Lehrveranstaltungen an den jeweiligen Hochschulen und eine gemeinsame Winter- oder Sommerschule. Beides steht jährlich unter einem wechselnden, gemeinsamen Rahmenthema – im Jahr 2013/14 war dies „Die selbstgemachte Stadt“.

An den beteiligten Hochschulen werden als Vorbereitung auf die Winter-/ Sommerschule Lehrveranstaltungen zu dem jeweiligen Rahmenthema angeboten. Der thematische Zuschnitt des Projekts lässt dabei den beteiligten Lehrstühlen genug Freiraum zur eigenen inhaltlichen und didaktischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Rahmenthemen. Durch die unterschiedlichen Ausrichtungen der beteiligten Lehrstühle werden ganz verschiedene inhaltliche wie auch räumliche Zugänge zum Thema

gewählt – von entwurfsorientiert bis hin zu stadtsoziologisch, von praxisnah bis theoretisch. Studierende aus den Lehrveranstaltungen bringen diese vielfältigen Perspektiven und Methoden in eine gemeinsame Winter-/Sommerschule ein und entwickeln sie dort weiter. Dieser hochschulübergreifende Dialog bietet einen großen Mehrwert, da die Studierenden mit neuen Denk- und Arbeitsmustern in Kontakt kommen und dadurch ihr eigenes Lernverhalten reflektieren. Die Integration verschiedener Herangehensweisen erlaubt ganzheitliche Betrachtungsweisen, wie sie die Komplexität künftiger Stadtentwicklungsaufgaben erfordert. Durch die Einbindung zahlreicher Wissenschaftler und verschiedener Experten in die Winter-/Sommerschulen werden die kreativen Arbeiten der Studierenden diskutiert und überprüft.

Im Rahmen des Hochschultags „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ stellen die Studierenden ihre Ergebnisse schließlich vor und laden zum Dialog zwischen universitärer Arbeit und Praxis ein.

Eine Besonderheit des Projekts ist, dass es immer zukunftsrelevante und meist noch nicht umfassend erforschte Fragen der Stadtentwicklung aufgreift und somit die Möglichkeit bietet, neue Gedanken einzufangen und ungewöhnliche Herangehensweisen zu erproben. Damit gehen meist intensive Auseinandersetzungen zu Begriffsdefinitionen oder -annäherungen und -abgrenzungen einher. Auch gerade

dafür ist die fachliche Breite, die durch die Einbindung unterschiedlicher Lehrstühle ermöglicht wird, eine Bereicherung. Durch die Kombination von Lehrveranstaltungen und gemeinsamer Winterschule werden die jeweiligen Themen in einem beeindruckenden Umfang bearbeitet und wertvolles Wissen generiert.

Die bisherigen Rahmenthemen waren: „Innovation für die Stadtquartiere der Zukunft“ (2009 – 2010), „Die unsichtbare Stadt“ (2010 – 2011), „Die ressourceneffiziente Stadt“ (2011 – 2012), „Die zeitgerechte Stadt“ (2012 – 2013) und schließlich „Die selbstgemachte Stadt“ (2013 – 2014). Durch den Austausch zwischen den Hochschulen hat sich mittlerweile ein gut funktionierendes Netzwerk entwickelt, das auch neue Kooperationen im Bereich der Forschung und Lehre ermöglichen kann. Das Projekt wird vom Institut für Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin koordiniert und jedes Jahr zusammen mit einem wechselnden Partner aus der Reihe der beteiligten Lehrstühle konzipiert. Auf den folgenden Seiten werden im Kern die Ergebnisse der Diskussionen und Arbeiten der Studierenden während der Winterschule 2014 an der RWTH Aachen zur selbstgemachten Stadt dargestellt. Sie umfassen Gedanken und Ansätze aus den vorausgegangenen Lehrveranstaltungen, die hier ebenfalls kurz skizziert sind, und resultieren aus einer langen und interdisziplinären Auseinandersetzung mit dem Thema.

Fragen der Abgrenzung und der Definition von selbstgemachter Stadt haben sowohl in den Lehrveranstaltungen als auch während der Winterschule eine zentrale Rolle gespielt. Deshalb werden in den folgenden Beiträgen Kernaussagen, die für die Begriffsbildung und Deutung von selbstgemachter Stadt zentral sind, durch pinke Sprechblasen gekennzeichnet. Auch eine studentische Gruppe hat während der Winterschule versucht, zu erfassen, was hinter der selbstgemachten Stadt steckt. Die markierten Aussagen sind dabei teilweise in die studentische Arbeit, welche hier ebenfalls dargestellt wird, eingeflossen.



www.isr.tu-berlin.de/sqz
www.isr.tu-berlin.de/unsichtbar
www.isr.tu-berlin.de/ressourceneffizient
www.isr.tu-berlin.de/zeitgerecht
www.isr.tu-berlin.de/selbstgemacht



Selbstgemachte Stadt: sieben Fragezeichen.

Die „selbstgemachte Stadt“ hat Konjunktur. Man redet viel von ihr. Aber was eigentlich ist gemeint? Selbsterklärend ist der Begriff nur auf den ersten Blick. Betrachtet man ihn etwas länger entstehen viele Fragen. Sieben davon werden hier gestellt.

Kurzum: Die Identität von Produzent und Nutzer ist zentrales Merkmal der selbstgemachten Stadt.

1. Fremdgemacht?

Manche, die zum ersten Mal von der „selbstgemachten“ Stadt hören, werden wohl mit dem Kopf schütteln. Schauen Sie sich an, wer die Städte baut, könnten sie hinzufügen, lesen Sie die Bauschilder: Immobilienunternehmen, Developer, Baukonzerne – und hinter denen stecken die Banken. Die machen die Städte. Sagen die einen. Das verkennt aber die Bedeutung der Fachleute. Sagen andere. Sind es nicht die Städtebauer, die die Städte planen? Und nach deren Plänen sich die Städte entwickeln? Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat schließlich der Dresdner Architekt und BDA-Mitbegründer Gurlitt lapidar festgestellt: „Stadt und Landschaft sind ... des Städtebauers Werk“. Und auch heute sehen sich die Fachleute des Städtebaus für die Schönheit der Städte verantwortlich – wie sie es gerade wieder in der von Christoph Mäckler initiierten „Kölner Erklärung“ unterstreichen. Und haben nicht auch viele andere Fachleute, die Verkehrsplaner allen voran, entscheidenden Einfluss auf das Gesicht der Städte? Wer nun weder Developer noch Städtebauer noch Verkehrsplaner ist, wird an dieser Stelle möglicherweise abwinken: Letztlich sei es nun egal, wer von denen die Städte „macht“ – die ökonomischen Akteure oder die vielen Fachleute des Entwerfens, Planens und Bauens. Für die Einwohner der Städte käme das auf's Gleiche hinaus: Ihnen wird etwas vorgesetzt, was andere planen und bauen. Stadt wäre demnach „fremdgemacht“. So – oder so.

2. Selbstgemacht?

Was aber kann dann die Rede von der „selbstgemachten Stadt“ bedeuten? Ist es schierer Euphemismus, der von den Realitäten absieht? Oder lässt sich ein Bedeutungskern erkennen, der auf andere Wirklichkeiten verweist? Bei der Suche nach dem Inhalt eines Begriffs ist es oft hilfreich, sich dem sozusagen von der Gegenseite zu nähern. Wenn also „fremdgemacht“ dadurch gekennzeichnet ist, dass „Stadt-macher“ und „Stadtnutzer“ verschieden sind, die einen also ein Stück Stadt für andere produzieren (die sie oft gar nicht kennen), dann hieße „selbstgemacht“: Die beiden Rollen fallen in eins, man baut für sich selbst.

3. Viele?

Aber wo ist das der Fall? Wer baut Stadt für sich selbst? Die Antwort ist einfach: In großen Teilen unserer Städte ist die Identität von Nutzern und Produzenten das vorherrschende Prinzip. Man schaue nur in einen Katasterplan. Auf jeder Parzelle herrscht die, durch das Grundgesetz gewährleistete und durch Artikel 14 Absatz 2 GG nur mühsam gebändigte, Freiheit der Eigentümer. Sie bauen und wirtschaften auf eigenem Grundstück für sich. Ein Teil dieser Gebäude und Parzellen wird an Dritte vermietet oder verpachtet. Wo dies nicht der Fall ist leben die Menschen, denen das Grundstück gehört, die

den Raum bewirtschaften und Gebäude errichten, auch dort, arbeiten dort, wohnen dort. Und sie bringen dies in Gestalt und Nutzung der Flächen und Gebäude zum Ausdruck. Auf ihre Weise. Selbstgemacht eben.

4. Stadt?

An dieser Stelle gilt es inne zu halten, um einen Kurzschluss zu vermeiden. Denn bis hierher war „selbstgemacht“ gleichsam unter der Hand, mit „selbstgebaut“ gleich gesetzt. Aber besteht die Stadt nur aus Gebäuden, Gebautem? Mitnichten. Stadt ist vor allem ein soziales Gebilde. Der Moderator der Fernsehsendung „titel, thesen, temperamente“ Max Moor hat das in der Ankündigung einer Ausstellung eines französischen Street-Art-Künstlers (der sich hinter dem Kürzel JR verbirgt) so zusammengefasst: „Eine Stadt ist nicht einfach eine Stadt. Sie existiert durch die Menschen, die in ihr leben und überleben, die sie prägen und ihr Persönlichkeit geben. Zeitgeschichte, soziale Konflikte, politische Spannungen... alles wird gemacht und ertragen – vom Menschen. Ob in New York, Rio de Janeiro, Berlin oder...“ Aus dieser Perspektive ergibt sich eine überraschende Antwort auf die Frage, wer denn die Stadt „macht“:

5. Alle?

Wir alle wirken – in unterschiedlicher Weise – an der Entwicklung der Städte mit,

Alle wirken an der Entwicklung der Städte mit, in sozialer, kultureller, ökonomischer, ökologischer und (auch) baulicher Hinsicht.



leben sie, prägen sie – in sozialer, kultureller, ökonomischer, ökologischer und (auch) baulicher Hinsicht.

6. Ungleich?

Allerdings sind die Voraussetzungen, in der Stadt zu leben, die Chancen, sich ein „Stück Stadt“ – allein oder mit anderen – anzueignen und die Möglichkeiten, Stadtleben mit zu prägen, kurz: Stadt zu „machen“ sehr ungleich verteilt. Nur ein Beispiel: In vielen Großstädten steigen die Mietpreise drastisch. Menschen mit geringem Einkommen können da nicht mithalten. Sie werden an die Ränder der Städte gedrängt – und darüber hinaus. Kein Problem, sagen einige Ökonomen: Wer 30 Kilometer vor die Städte ziehe, finde dort wieder ein bezahlbares Mietniveau. Man kann eine solche Haltung zynisch nennen: Das Faktische wird zur Norm erhoben. Und diese „Norm“ lautet: Der Immobilienmarkt bestimmt, wer in den Städten lebt und an ihren Entwicklungen teil hat.

7. Dennoch?

Es gab immer wieder Versuche, die Voraussetzungen für das Leben in den Städten nicht von Gesetzen des Marktes anhängig zu machen und Möglichkeiten



Allerdings sind die Voraussetzungen und Chancen Stadt zu machen sehr ungleich verteilt.

zur Selbstbestimmung zu eröffnen. Die Gemeinwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts war (in Deutschland) ein besonders starker Ausdruck dieses Bemühens. Noch immer sind z. B. Genossenschaften vergleichsweise „sichere“ Orte inmitten der Marktturbulenzen.

Heute gibt es zudem neue Impulse: Etwa soziale Initiativen, die

- Zeichen setzen gegen die „Kommodifizierung“ der Städte, insbesondere ihrer öffentlichen Räume;
- Projekte initiieren, die sich der Dynamik der (Immobilien-)Märkte zu entziehen versuchen.

Wenn in diesen Zeiten also von »selbst gemachter« Stadt die Rede ist, dann wird man wohl vor allem diese widerständigen Initiativen meinen. Denn sie verfolgen das Ziel, allen die Möglichkeit zu erhalten, in den Städten zu leben und im eigenen Lebensbereich selbstbestimmt zu handeln.



Selbstgemachte Projekte setzen Zeichen gegen die „Kommodifizierung“ der Städte und ihrer öffentlichen Räume und versuchen sich der Dynamik der Märkte zu entziehen.



Hinweis:

Die hier angesprochenen Themen werden ausführlicher behandelt in: Klaus Selle (2013) *Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe?* Detmold [Verlag Dorothea Rohn], insbesondere Texte 1 (Lorenzetti Code) und 2 (Wer ist die Stadt?) Interessant in diesem Zusammenhang auch das Heft 2.2014 der Informationen zur Raumentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung mit dem Schwerpunkt „Informeller Urbanismus“.

Zwölf beteiligte Hochschulen – Viele Ansätze

Im Wintersemester 2013/14 haben sich die zwölf beteiligten Hochschulen innerhalb ihrer jeweiligen Lehrveranstaltungen mit dem Thema der selbstgemachten Stadt auseinandergesetzt. Die einzelnen Lehrstühle kommen aus unterschiedlichen fachlichen Richtungen: neben Raum- und Stadtplanern sind Städtebauer und Urbanisten vertreten. Dies spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Blickwinkeln, Lehrformaten, Methoden und Zugängen wieder mit denen das Thema aufgegriffen und bearbeitet wurde, bis schließlich daraus ein befruchtender Input für die im März 2014 stattgefundene Winterschule in Aachen entstand. Die vielfältigen Sichtweisen wurden dort zusammengetragen, fachübergreifend diskutiert und weiterentwickelt. Neben dem gemeinsamen Thema diente eine Ausgangsthese zur selbstgemachten Stadt als Orientierungshilfe, Diskussionsgrundlage und thematische Einordnung: Unter einer selbstgemachten Stadt verstehen wir Projekte und Initiativen, bei denen der Produzent des Selbstgemachten immer gleichzeitig auch dessen Nutzer ist. Als ergänzende Orientierung wurden verschiedene Dimensionen und grundlegende Fragen aufgespannt, welche die selbstgemachte Stadt maßgeblich charakterisieren. So unterschiedlich einzelne Beispiele selbstgemachter Stadt auch sind, sie werfen Fragen auf, die zentrale Dimensionen von Stadtproduktion berühren. Daher dienten die entwickelten Dimensionen als Checkliste zur Einordnung von Projekten und eigenen Arbeiten:

Spannungsfelder der selbstgemachten Stadt

Gebäude	←	→	Gesamtstadt
Privat	←	→	Öffentlich
Freiwillig	←	→	Notwendig
Informell	←	→	Institutionalisiert
Individuell	←	→	Kollektiv
Spontan	←	→	Geplant
Laien(wissen)	←	→	Experten(wissen)
Gemeinwohlorientiert	←	→	Unternehmerisch
Inklusiv	←	→	Exklusiv

Maßstabsebene

Stadt kann auf der Ebene des Gebäudes (Objekt), im Quartier oder der Gesamtstadt/Region selbstgemacht werden.

Privatheit vs. Öffentlichkeit

Inwiefern ist das untersuchte Phänomen privater oder öffentlicher Natur? Stadt kann in (halb-)öffentlichen oder privaten Räumen selbstgemacht werden. Es können private oder (halb-)öffentliche Akteure eingebunden sein.

Freiwilligkeit vs. Notwendigkeit

Inwieweit entsteht selbstgemachte Stadt aus einer Notwendigkeit (z. B. finanziellem Druck) oder aus bewussten, freiwilligen Entscheidungen heraus?

Informalität vs. Institutionalisierung

Wo bewegt sich das Phänomen im Spannungsfeld zwischen Informalität und Institutionalisierung? Inwieweit ist es in den institutionellen Kontext eingebettet?

Individualisierung vs. Kollektivierung

Wird Stadt durch Aktionen einzelner Personen selbstgemacht oder sind es gemeinschaftliche Aktivitäten?

Spontaneität vs. Planung

In welchem Maße haben die Projekte spontanen, niedrighschwelligigen Charakter bzw. sind sie geplant?

Laien(wissen) vs. Experten(wissen)

Welche Rolle spielt das Wissen und Können von Laien? Wie wird es wann, in welchem Umfang in das Projekt eingebunden und wie drückt es sich aus? Welchen Einfluss haben Experten?

Gemeinwohlorientiert vs. Unternehmerisch

Ist selbstgemachte Stadt immer gemeinwohlorientiert oder umfasst das Thema auch rein unternehmerische Aktivitäten?

Inklusiv vs. Exklusiv

Bieten sich für alle Bürger gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitwirkung? Was sind Mechanismen, die möglicherweise zum Ausschluss bestimmter Gruppen führen?

Ausgangsthese, Dimensionen und Fragen dienten als Anregung und möglicher Startschuss. Den einzelnen Universitäten und Lehrenden stand es aber grundsätzlich frei, ihre Veranstaltung individuell zu konzipieren, sowie eigene Fragen und Ziele zu formulieren, um eine Vielfalt der Ergebnisse zu erreichen.



NOSPOLIS. Räume gemeinsamer Zukünfte. Dokumentation des Symposiums am 7. Februar 2014 an der Universität Wuppertal.

Themen und Lehrformate

Im Folgenden werden die Lehrveranstaltungen der zwölf Hochschulen vorgestellt. Die Graphik veranschaulicht Themenfelder und Aspekte, die in den Lehrveranstaltungen der Universitäten aufgegriffen wurden. Es haben sowohl planungstheoretische Ansätze und Konzepte, die im

Zusammenhang mit selbstgemachter Stadt thematisiert werden, eine Rolle gespielt als auch verschiedene urbanistische Begriffe, die die Debatte prägen. Ein zentraler Aspekt in allen Lehrveranstaltungen war zudem die Auseinandersetzung mit dem Gedankengut, das vielen selbstgemachten Projekten zugrunde liegt

und als Motor ihres Handelns wirkt. Die Untersuchung konkreter Projekte diente einerseits dazu, abzubilden, welche Aktivitäten unter selbstgemachter Stadt auftauchen und andererseits zu verstehen, wie die Projekte funktionieren.



RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung

Rahmenthema für Master-Projekte
„Die selbstgemachte Stadt“

1
Betreuer:
Prof. Dr. Klaus Selle
Dr. Daniela Karow-Kluge
Dipl.-Ing. Gisela Schmitt

Von den Studierenden wurden drei Schwerpunkte der selbstgemachten Stadt unter einer selbst entwickelten Fragestellung ausgewählt und bearbeitet: Konsum, die Rolle von Agenten und Wohnen. Im Projekt „Das selbstgemachte Aachen – Durch bewussten Konsum zu einer nachhaltigen Lebensweise“ wurden sieben selbstgemachte Aachener Projekte nachhaltiger Lebensweise und mit verändertem Konsumverhalten unter der Leitfrage, ob und wie die selbstgemachte Stadt eine nachhaltige Bewegung ist, untersucht. Das Projekt „Selbstgemachte Projekte und ihre Agenten“ ging von der These aus, dass Initiatoren selbstgemachter Projekte in der Regel über wenig Erfahrung und Know-how verfügen und daher Unterstützung benötigen. In vier Fallbeispielen beleuchtete die Studentin die Rolle, Aufgaben und Instrumente von Agenten, um gleichzeitig auszuloten, ob und wie der Beruf des Planers und Architekten damit erweitert wird. In der dritten Vertiefung beschäftigte sich eine Studentin mit dem „Wohnen am Rand der Gesellschaft“. Mit den Projekten „Barackia“ (Berlin, 1872), „Kaisenhäuser“ (Bremen, ab 1930), „Besetzte Häuser“ (Hamburg, ab 1981) und „Schutzhütten“ (Tübingen, ab 1991) untersuchte sie in ihrer Zeit „unkonventionelle“ Wohnformen, die jeweils aus einer Problemlage, die von öffentlicher Hand nicht behoben werden konnte, entstanden sind.

TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Die selbstgemachte Stadt und
öffentliches Grün

2
Betreuer:
Prof. Dr. Dietrich Henckel
Dipl.-Geogr. M.A. Susanne Thomaier

Mit der übergreifenden Frage „Alles Gute kommt von unten?“ wurden das selbstgemachte urbane Gärtnern und die Bottom-Up-Strukturen urbaner Gartenprojekte näher unter die Lupe genommen. Dabei wurden folgende Schwerpunkte gesetzt und ausgearbeitet: **a.** Systematisierung und Klassifizierung verschiedener Formen des Selbstmachens in (halb) öffentlichen, städtischen Grünräumen **b.** Akteursgruppen und deren Motive zur Gründung und Nutzung urbaner Gärten **c.** Funktionsweisen, Organisationsformen und Netzwerke verschiedener urbaner Gärten **d.** Einbettung in institutionelle Strukturen, Formalisierungs- und Professionalisierungsgrad einzelner Gartenprojekte **e.** Zusammenspiel zwischen Kommune und urbanen Gartenprojekten und die Rolle der formalisierten Planung **f.** Vielfalt internationaler Gartenprojekte (Rahmenbedingungen, lokale Unterschiede).

BTU Cottbus, Lehrstuhl Stadttechnik und Lehrstuhl Stadtplanung und Raumgestaltung

Rahmenthema zur Bachelorarbeit
„Stadtquartier Mariendorfer Weg, Berlin“

3
Betreuer:
Prof. Dr.-Ing. Matthias Koziol
Dipl.-Ing. Stefan Simonides
Dipl.-Ing. Barbara Horst

An der BTU Cottbus war die selbstgemachte Stadt Rahmenthema für die entwurfsorientierte Bachelor-Arbeit „Stadtquartier Mariendorfer Weg, Berlin“ im Studiengang Stadt- und Regionalplanung. Prägend für das Bearbeitungsgebiet in Berlin-Neukölln ist seine große Heterogenität, sowohl der vorhandenen Nutzungen (reine Siedlungsflächen, urbane Wohnquartiere mit Mischnutzung über Gewerbe- und Industrieareale) als auch der verschiedenen Freiflächen (Friedhöfe, Parkanlagen, Kleingärten und brachgefallene Bereiche). Im Zentrum des Gebietes stehen mit einem leerstehenden Krankenhausareal und einem entwidmeten Friedhofsgelände größere zusammenhängende Flächen für eine zentrumsnahe nachhaltige Quartiersentwicklung zur Verfügung. Die Studierenden erarbeiteten für das gesamte Planungsgebiet ein Entwicklungskonzept und wählten unterschiedliche Vertiefungsthemen im Rahmen der selbstgemachten Stadt aus. Diese reichten von Überlegungen zu Urban Gardening und der Anlage und Organisation von Gemeinschaftsgärten durch die Anwohner, Möglichkeiten eines Quartiersmanagements zur Stärkung von multikulturellen Nachbarschaften, der Auseinandersetzung mit genossenschaftlichen Bauformen und Baugruppen bis hin zu einem detaillierten Mobilitätskonzept, welches die Quartiersbewohner im Fokus hatte und den Straßenraum als Lebensraum umdefinierte.

TU Darmstadt, Fachgebiet Entwerfen und Regionalentwicklung

Die selbstgemachte Stadt.
Nachhaltigkeitsinitiativen in der
Stadtentwicklung

4
Betreuer:
Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel
Dr. Anna Zdiara

Das Seminar an der TU Darmstadt verband Konzepte der Kreislaufwirtschaft mit Bürgerbeteiligung, um damit einen Beitrag zur Stärkung der nachbarschaftlichen Verhältnisse in Darmstadt-Bessungen zu leisten. Ausgehend von der Prämisse, dass Mitwirkung und dialogische Arbeit als Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Planung gelten, wurde das breite Spektrum der Initiativen und Projekte der selbstgemachten Stadt erkundet und mit der Erstellung eines Blogs durch die Studierenden strukturiert. Praktisches Ziel des Seminars war die Umsetzung eines selbstgemachten Stadtprojekts. Zu diesem Zweck wurde – im Rahmen des Konzepts „Service Learning“ an der TU Darmstadt – in Zusammenarbeit mit der Initiative Transition Town Darmstadt ein Repair-Café für Elektrogeräte im Nachbarschaftsheim des Prinz-Emil-Garten organisiert. Das Projekt wurde aus der Studierenden-gruppe heraus entwickelt, geplant und verwirklicht, das erste Darmstädter Repair Café bildete den Abschluss des Seminars. Im Anschluss an das Seminar hat sich das Repair Café verstetigt und es wurden weitere Zweigstellen im Darmstädter Raum gegründet.

TU Dortmund, Fachgebiet Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung

Projekt – Die selbstgemachte Stadt

Betreuer:
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Christa Reicher
Dipl.-Ing. Päivi Kataikko

Am Beispiel Katernberg, einem Essener Stadtteil nahe der Zeche Zollverein, haben Studentinnen und Studenten der TU Dortmund untersucht, inwieweit sich Ansätze der selbstgemachten Stadt im konkreten Untersuchungs- und Planungsraum integrieren lassen. Sie haben dafür unterschiedliche Konzepte entwickelt: Die Idee der „Raumwandler“ beschreibt zum Beispiel Aktivitäten (Typ Klette, Lückenfüller, Anstoßer, Wanderer, Pendler), die durch Bürger initiiert und durch öffentliche Akteure getragen werden. In einem anderen studentischen Konzept sollen die Bewohner mit dem Brettspiel „Katernberg selbstgemacht“ für selbstgemachte Ideen und Projekte sensibilisiert werden. Das Projekt „Halde Beisen – eine Machbarschaft“ beschreibt eine aus unterschiedlichen Charakteren zusammengestellte Gruppe (Machbarschaft), die sich durch kreativen Stadtgestaltungs-willen und soziales Engagement auszeichnet und dadurch Impulse im Quartier und nach außen setzt.

FH Erfurt, Fachgebiet Planungsrecht und Projektentwicklung

Selbstgemacht 2.0 – Was ist für dich selbstgemacht?

Betreuer:
Prof. Dr.-Ing. Reinhold Zemke
Prof. Dr.-Ing. Doris Gstach

Die Studierenden der FH Erfurt gingen davon aus, dass selbstgemachte Projekte grundsätzlich positiv auf Stadtentwicklung wirken und – so ihre Forderung – Planung und Projektakteure enger zusammenarbeiten sollten. Allerdings fehlt ein Überblick und ein öffentlich zugänglicher Wissenspool selbstgemachter Projekte, auf den alle Bürgerinnen und Bürger zugreifen können. Deshalb haben die Studenten die Internetplattform „StadtDiskurs – Die selbstgemachte Stadt“ umgesetzt, um Projekte und Initiativen darstellen, Wissen und Methoden austauschen und Akteure vernetzen zu können. Über die digitale Vernetzung hinaus streben sie damit an, lokale Akteure auch vor Ort über die Plattform zusammenzubringen.

HCU Hamburg, Arbeitsgebiet Städtebau- und Quartiersentwicklung

Selfmade Suburbia

Betreuer:
Prof. Dr. Michael Koch
Dipl.-Ing. Renée Tribble
Dipl.-Ing. Jakob F. Schmid

Die Projektarbeit begann mit der Summerschool zum Thema „The Regional City“, unter der Leitung des ANCB (Aedes Campus Network Berlin) im September 2013. Im Fokus der Arbeit stand das östliche Berliner Umland mit den Gemeinden Erkner, Rüdersdorf, Schöneiche und Woltersdorf. Die Studierenden beschäftigten sich im weiteren Verlauf des Projekts mit der Frage, wie sich diese Gemeinden und lokale Akteure angesichts knapper kommunaler Mittel organisieren können, um im Hinblick auf eine „selbstgemachte Suburbia“ eine positive regionale, ortsübergreifende Entwicklung zu initiieren. Basierend auf einer ausführlichen kartographischen Datenschau stellt der demographische Wandel für alle Gemeinden eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Es wurden gezielt Formate entwickelt, die den Wandel in der Altersstruktur berücksichtigen: Neue Wohnformen, ergänzende Mobilitätskonzepte und „Do it Yourself-Stadterneuerung“: Zeit statt Geld. Die „Selfmade AG“ (Arbeitsgemeinschaft basierend auf freiwilligem Engagement lokaler Akteure mit Zeit- und Erfahrungsbudget und lokalen Mitteln) nimmt sich der höheren Nutzbarkeit und Pflege öffentlicher Räume an und verbessert so die Infrastruktur. Bürgerbusse schließen Lücken in der interregionalen Mobilität und „Seniortopia“ bietet gemeinschaftlichen Wohnraum anstelle von alleinstehenden Haushalten in peripheren Wohnlagen.

Leibniz Universität Hannover, Institut für Entwerfen und Städtebau, Regionales Bauen und Siedlungsplanung

D.I.Y. – Wir machen uns unsere Stadt selbst!

Betreuer:
Prof. Dipl.-Ing. Jörg Schröder
Mag. Arch MSc Christian Haid
Dipl.-Ing. Miriam Mlecek

Pop-up-, Guerilla-, Do-It-Yourself-, Kickstarter-, Everyday-, Participatory-, Grassroots-, Informal-, Emergent-, Bottom-up-Urbanism: Ständig entstehen neue Begriffe und Ismen, die Phänomene und Initiativen der Stadtproduktion „von unten“ konzeptualisieren. Die Teilnehmer des Seminars haben sich mit den verschiedenen Begriffen kritisch auseinandergesetzt und die Rolle der Planer in diesen Prozessen reflektiert. Dabei wurden sowohl klassische Grundlagentexte sowie neuere Diskussionen, Projekte und Praktiken analysiert und gemeinsam diskutiert. Das Themenspektrum reichte von Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“, den Theorien und Praktiken der Situationistischen Internationale, Partizipation, Planning the Unplanned und Open Source-Urbanism, der Beschäftigung mit globaler Informalisierung, öffentlichem Raum und Guerilla-Urbanismus, Wohnen selbstgemacht, Raumpionieren in ländlichen Regionen bis hin zu Grünräumen und Subsistenz.

TU Kaiserslautern, Fachgebiet Stadtumbau und Ortserneuerung

Stadt + Dorf selbstgemacht!

9
Betreuer:
Prof. Dr. Holger Schmidt

In stagnierenden oder schrumpfenden Regionen unterliegen kommunale Steuerungsmöglichkeiten einem starken Wandel. Nötig ist deshalb ein neues Planungsverständnis im Spannungsfeld von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Deshalb fand der Masterkurs in enger Kooperation mit dem Landkreis Kaiserslautern statt. Die Studierenden besuchten zunächst 13 Projekte bürgerschaftlich getragener Initiativen in kleineren Städten und im ländlichen Raum Deutschlands, führten mit handelnden Akteuren Interviews durch und erstellten eine zusammenfassende Projektdokumentation. Es galt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren sowie Chancen und Grenzen einer Übertragbarkeit auf andere räumliche Kontexte auszuloten. Im zweiten Teil des Kurses analysierten die Studierenden typische baulich-räumliche Problemlagen im Landkreis Kaiserslautern und erstellten dafür planerische Vorschläge. Wesentlicher Bestandteil des Arbeitsprozesses war die eigenständige Durchführung von Projektwerkstätten vor Ort, um so mögliche Wirkungen und Erfolgsfaktoren des bürgerschaftlichen Engagements „am eigenen Leib“ zu erfahren.

Universität Kassel, Institut für Urbane Entwicklungen Interventionen im öffentlichen Raum

10
stattPLANUNG
Betreuer:
Prof. Markus Bader

Im Rahmen des Projektes „Die Zukunft der Stadt – Neue Erzählungen“ und der Exkursion nach Berlin zum Thema „Temporäre Nutzer in städtischen Transformationsprozessen“ beschäftigten sich die Studierenden mit der verbalen Aushandlung der Zukunft von Stadt, bezogen auf diejenigen, die ihr Umfeld aus Eigeninitiative gestalten. Gleichzeitig wurde die traditionelle Stadtplanung kritisch diskutiert und folgende Fragen beleuchtet: Was ist diese neue Bewegung und wer sind ihre Akteure? Wie geht die Stadt mit dem Gestaltungswillen dieser Akteure um? Welchen Beitrag leisten sie für die Zukunft der Stadt? Die Arbeit mit dem Titel „stattPLANUNG“ verdeutlicht einen Ansatz des Projektes. Sie gliederte sich in drei Teile: Eine Sound-Installation, das „Manifest für Urbane Interventionen“ und das Stadtgespräch „Mehr Salz in die Suppe – Urbane Intervention IST Stadtentwicklung“.

Universität Stuttgart, Städtebau-Institut, Lehrstuhl Stadtplanung und Entwerfen

Stadt selber machen? – Entwurf
Barcelona Can Batlló und Seminar
„Do it yourself“

11
Betreuer:
Prof. Dr.-Ing. Franz Pesch
Dipl.-Ing. Timo Kegel
Dipl.-Ing. Markus Vogl

Im Projekt „Barcelona Can Batlló“ vertieften die Studierenden Erkenntnisse aus dem Seminar „Do it Yourself“ in ihren Entwürfen. Das Seminar beschäftigte sich mit der Fragestellung, wie Bürger als Ideengeber für urbane Transformationen aktiv in die Planungen miteinbezogen werden können und wie viel Verantwortung ihnen dabei übertragen werden sollte. Bei einer Exkursion nach Barcelona und dem damit verbundenen Workshop in Can Batlló wurden die Instrumente der klassischen Stadtplanung überprüft und alternative Strategien mit Interessengruppen vor Ort diskutiert. Auf diese Weise entstanden verschiedene Ansätze, wie sich Selbstgemachtes in der Stadt und im öffentlichen Raum darstellen kann. Im Seminar und Entwurf konnte dann eine Vielzahl an verschiedenen Ansätzen, Interpretationsmöglichkeiten und Ausarbeitungsprinzipien für die selbstgemachte Stadt aufgezeigt werden. Die unterschiedlichen Arbeitsgruppen bearbeiteten dabei verschiedene Themenfelder wie Wohnen, Freiraum, Kulturproduktion und strategische Ansätze zur (Selbst-)Organisation. Die zentrale Frage bei den Überlegungen war dabei, ob sich die verschiedenen Ansätze, Stadt „selbst zu machen“, zu einem größeren Bild zusammenfügen lassen und ob daraus neue Formen von Stadt entstehen können.

Bauhaus Universität Weimar, Institut für Europäische Urbanistik, Professur Raumplanung und Raumforschung

12
Urbane Allmende
Betreuer:
Prof. Dr. phil. habil. Max Welch Guerra
Dott Mag. Piero Sassi

Ausgangspunkt des Studienprojektes „Urbane Allmende“ war die Feststellung, dass die offizielle Politik und Planung mit deren klassischen Instrumenten oftmals nicht geeignet sind, um auf grundlegende Fragen – insbesondere im Zusammenhang mit der sogenannten Mehrfachkrise in Europa – zu antworten. Dazu zählt der Umgang mit den in unseren Städten angesiedelten Gemeingütern, der „urbanen Allmende“. Zum einen sind diese in vielen Städten und Regionen von einer auf Wachstum und Austerität ausgerichteten Politik bedroht; zum anderen ist eine damit verbundene Wiederentdeckung von Formen des „selber Machens“ in der Verwaltung von Gemeingütern zu beobachten. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Rekommunalisierung der Energieversorgung, die Besetzung von öffentlichen Räumen, neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und viele andere Prozessen lassen sich dieser Diskussion zuordnen.

Beispielprojekte im Überblick

Im Rahmen der Lehrveranstaltungen wurde eine Vielzahl von Fallbeispielen zur selbstgemachten Stadt betrachtet. Die Karte bietet natürlich keinen vollständigen Überblick über Projekte in Deutschland. Sie soll vielmehr dazu dienen, einen Überblick über die Themen zu geben, die von selbstgemachten Projekten aufgegriffen werden. Die Sammlung veranschaulicht die Breite der Aktivitäten, die aus Eigeninitiative entstehen und sowohl städtische wie auch

ländliche Räume gestalten und prägen. Die Vielfalt kann mit Hilfe der folgenden Kategorien systematisiert werden: Infrastruktur/ Energie, Mobilität, Versorgung, Wohnen, Gärten und öffentlicher Raum/Kultur. Daran lässt sich ablesen, dass das Thema der selbstgemachten Stadt nicht nur künstlerische und interventionistische Aktivitäten, sondern auch Fragen der Daseinsvorsorge umfasst und unterschiedlichste Alltagsbedürfnisse aufgreift. Die Projekte sind meist

Reaktionen auf spezifische, lokale Bedingungen und sind stark an lokale Akteursnetzwerke geknüpft. Trotz aller Unvollständigkeit der hier dargestellten Beispiele wird deutlich, dass es im ländlichen Raum tendenziell eher um die Aspekte Infrastruktur/Energie, Mobilität und Versorgung geht, wohingegen in den Städten Wohnen, Gärten und öffentlicher Raum/ Kultur eine größere Rolle spielen.





Diestels Sonnengarten – Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft ist eine Art der Versorgungsgemeinschaft, bei der sich landwirtschaftliche Betriebe mit lokal ansässigen Haushalten zusammenschließen. Für beide Parteien entstehen dadurch Vorteile. Die Verbraucher geben eine Abnahmegarantie für die erzeugten Produkte und spenden einen Beitrag, dessen Höhe aufgrund der eigenen finanziellen Verhältnisse eingeschätzt wird, der sich jedoch an einem Richtbeitrag orientiert. Dadurch ermöglichen sie den Landwirten Arbeits- und Planungssicherheit, frei von

marktwirtschaftlichen Zwängen. Im Gegenzug erhalten sie qualitativ hochwertige, saisonal

und regional erzeugte Produkte und einen Einblick in die landwirtschaftlichen Produktionskreisläufe. _____

Diestels Sonnengarten im thüringischen Hummelshain ist einer der momentan mehr als 55 existierenden Höfe, die nach diesem Prinzip funktionieren. Rund 70 Abnehmer tragen dort den Hof. _____ **Wie bringen sich die Abnehmer beim Sonnengarten-Projekt ein?** „Ich engagiere mich gern in der Orga-Gruppe, um auf diese Weise die Gemeinschaft zu unterstützen. Ab und an bin ich auch bei den Gärtnern, um „unser Gemüse“ in die Erde zu bringen und mich mit den Gärtnern auszutauschen.“ _____ „Mein Beitrag ist v. a. den Jenaer Keller als Ausgabestelle zur Verfügung zu stellen und ein bisschen zu verwalten, den Leuten aufzumachen, ansprechbar zu sein.“ _____ „Es ist einfach wunderbar, jederzeit die Möglichkeit zu haben, das Wachstum der Pflanzen mitzuerleben und in Gesprächen mit den Gärtnern Kenntnisse über den biologisch-dynamischen Anbau von Gemüse zu erlangen.“

_____ **Was waren die Hauptgründe zum Aufbau der Versorgungsgemeinschaft?** „Regionales, gesunde Gemüse und die Idee der Gemeinschaft. Als Gruppe etwas zu tun und im Kleinen beginnen, zu verändern.“ _____ „Leben einer neuen Realität, wo Verantwortung für das eigene Handeln übernommen wird. Unterstützung von regionalen Versorgungsstrategien mit einer vertretbaren Landwirtschaft und fairen Preisen für die Produkte.“ _____ „Es ist ein neuer Ansatz, die Probleme dieser Welt anzugehen, indem sich Gemeinschaften bilden. Das Konkurrenzdenken wird abgelöst durch die Fusion der Ideen und des Tatendrangs. Ich schätze meinen Beitrag zu diesem Projekt als eines der wichtigsten Dinge ein, die ich überhaupt bisher gemacht habe.“

 Autorin: Susanne Thomaier und Abnehmer des Sonnengartens

Der Bürgerbus „Roderich“ in der Gemeinde Rodenbach

Wie kam es zur Gründung des Bürgerbusses Roderich? An und für sich ist Rodenbach gut an den ÖPNV angebunden, jedoch gab es einen großen Mangel an innerörtlichem Nahverkehr, vor allem für in der Mobilität eingeschränkte Mitbürger. Von der Haltestelle des Überlandbusses nach Hause oder vom Laden zur Bushaltestelle sind es teils große Wegstrecken, die für jemanden mit Gehhilfen plus Einkäufe nur sehr schwierig zu überwinden sind. Mit dem Taxi zum Einkaufen oder Arzt zu fahren, können sich viele nicht leisten. _____

Wie fährt der Roderich? Wer fährt? Der Roderich fährt täglich sechs Touren auf einer 11,5 km langen Strecke durch Rodenbach; dabei wird er per Handzeichen gestoppt, es gibt also keine festen Halte. Das ermöglicht den wohnhaus-nächsten Zustieg. Gefahren wird er von momentan 15 ehrenamtlichen Fahrern. Sie helfen auch noch die Einkäufe an die Haustür zu bringen. Der Roderich ist ein Projekt des SPD-Ortsvereins Rodenbach und wird von ortsansässigen Senioren betreut. _____

Wie finanziert sich der Bürgerbus? Der 9-Sitzer-Bus ist als Werbefläche für ortsansässige Firmen beklebt. So kommen monatlich 350 € zusammen, was die Kosten nahezu deckt. Betriebsmittel wie Treibstoff, Öl und Reifen werden von ortsansässigen Firmen gesponsert, ebenso die notwendigen Versicherungen. Die Fahrt mit dem Roderich ist kostenfrei! _____

Wie sehen Sie die Zukunft des Roderich? Absolut positiv! An Spitzentagen transportieren wir bis zu 50 Personen. Er ist sozusagen zum Selbstläufer geworden. Dementsprechend haben wir keine Existenzsorgen und werden bald eine neue Fahrzeuggeneration anschaffen, die dem Anspruch der Barrierefreiheit gerecht wird. Lediglich hierfür benötigen wir finanzielle Unterstützung.

 Autoren: Wolfgang Grimm, Dipl.-Ing. José Miguel Rivera Zúñiga

Von der Bar 25 zum Großprojekt: die Holzmarkt plus eG

Im Jahr 2004 starten die Betreiber der „Bar 25“ als Zwischennutzer auf einem Spreeufer-Grundstück der BSR (Berliner Stadtreinigung) mit einer Musikanlage und einem Bauwagen einen der populärsten Orte der Berliner Clubszene, der sich über die Jahre hinweg immer wieder neu erfinden wird. Bis 2010 wächst die Bar um zahlreiche selbstgebaute Imbissbuden, eine Wagenburg und ein Hostel. Im Zuge der städtischen Planungen zum Großprojekt „Mediaspree“ muss das Gelände schließlich geräumt werden. Die Betreiber der „Bar 25“ brechen zu neuen Ufern auf und initiieren 2011 – ebenfalls als Zwischennutzung angelegt – das Nachfolgeprojekt „Kater Holzig“ in einem leerstehenden Gebäude auf der gegenüberliegenden Spreeseite. Es entstehen diverse Gastronomie- und Freizeitangebote in Eigenbauten im Hof und den Gebäudeetagen. Das Flair des Unfertigen und Selbstgemachten wird auch hier zelebriert und durchaus professionell vermarktet. Im Wissen um die zeitliche begrenzte Nutzungsdauer und im Einklang mit den Protesten gegen „Mediaspree“ erarbeiten die Betreiber ein Konzept für ihre Vision von einer alternativen und frei zugänglichen Uferentwicklung. Als Interessengemeinschaft Holzmarkt plus eG erhalten sie zusammen mit der Stiftung Abendrot den Zuschlag für den Kauf des BSR-Grundstücks, dem ehemaligen Standort der „Bar 25“. Ihr Konzept sieht vor, die 12.000 m² große Fläche am „Holzmarkt“ als Quartier mit Club, Ateliers, Studentenwohnheim, Restaurant, Kindergarten, Technologie- und Gründerzentrum sowie öffentlichen Freiräumen zu entwickeln. Im Zentrum stehen dabei gemeinschaftliche Werte und eine nachhaltige und kostengünstige Bauweise.

 Autoren: Sandra May, Susanne Thomaier



Energie für Mannebach eG

Das Beispiel der Energiegenossenschaft „Energie für Mannebach eG“ zeigt, wie sich ein Dorf im ländlichen Raum durch den Aufbau eigener Energieinfrastruktur in Form eines Bürger-Nahwärmenetzes von der Versorgung mit fossilen Energieträgern und den mit dieser Energieform einhergehenden Preissteigerungen und Konzernabhängigkeiten emanzipiert, und damit auch lokalen Klimaschutz praktiziert. _____ Mannebach ist durch den fehlenden Ferngasanschluss auf die straßengebundene Lieferung von Erdöl angewiesen. Im Zeitraum von 1992 bis 2012 stiegen die Ölpreise um 384 %, weitere Preissteigerungen sind prognostiziert. Ausgehend von der Initiative eines Bürgers zur Kultur von Riesen-Chinaschilf (Miscanthus) als nachwachsendem Energieträger, schlossen sich zunächst vier Nachbarn zusammen. Das Kollektiv gewann Zulauf, so dass die Gründung der Energiegenossenschaft Anfang 2012 durch 16 Haushalte, die Gemeindeverwaltung, einen Gaststättenbetreiber und einen Handwerker erfolgte. Im September 2012 wurde mit dem Bau des Heizhauses und des Holzhackschnitzzellagers begonnen. Gleichzeitig wurden rund 1000 m Wärmeleitungen im Dorf verlegt. Bereits im Dezember 2012 wurde das Nahwärmenetz in Betrieb genommen. Nun sind 15 Privathaushalte, eine Gaststätte, das Gemeindehaus und ein Schmiedebetriebs Nutzer der Energiegenossenschaft. Desweiteren ist das Dach des Heizhauses als Solarfläche ausgebaut, so dass der Eigenstrombedarf gedeckt ist und Energieüberschüsse in das Stromnetz eingespeist werden können.

 Autoren: Wolfgang Grimm, Norbert Pies

Mietshäuser Syndikat

Was ist die Grundidee des Miethäuser Syndikats (MHS)? Das MHS gründet mit den Nutzern von Projekten (Hausverein) eine gemeinsame GmbH. Der Hausverein bestimmt über alle Belange seines Projektes in Selbstorganisation. Das MHS mischt sich nur ein, wenn der Hausverein seine Häuser verkaufen möchte (Vetorecht). Damit wird ein Wiederverkauf blockiert; ein Gemeinschaftsprojekt kann so auch später nicht privatisiert werden. Gleichzeitig ist das MHS ein Solidarnetz zwischen den Hausprojekten: Es wird Know-how ausgetauscht und durch Soli-Beiträge (0,10 €/m²) können finanziell stabile Projekte den Neuen den Start erleichtern. _____ **Was erhoffen Sie sich, mit Ihrem Wohnprojekt zu erreichen?** Von außen gesehen ist ein Wohnprojekt ein Wohnungsunternehmen, wie alle anderen gewinnorientierten Unternehmen auch. Allerdings bestimmen wir als Nutzer über die Wohnungen, wodurch andere Lösungen entstehen. Wir wollen eine niedrige Warmmiete, wir wollen barrierefrei leben, wir sind in unserem Einkommen gemischt (sowohl Sozialwohnungen als auch freifinanzierte Wohnungen), wir wollen bestimmte Räume, Strom, Maschinen etc. teilen. Bei uns entsteht nachhaltiger und nutzerorientierter Wohnungsbau. Durch das Vetorecht des MHS kann zudem dauerhaft Wohnraum dem Kapitalmarkt entzogen werden, wodurch Spekulation mit Wohnraum unterbunden wird. Menschen ohne eigenes Kapital können durch crowdfunding bzw. Direktkredite selbstbestimmten Wohnraum schaffen. _____ **Was bedeutet die gemeinschaftliche Organisation für Planungsprozesse?** Im Hausprojekt sind sehr verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, die eine ökonomische Auswirkung auf alle Bewohner und Direktkreditgeber haben. Unser Anspruch ist, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Das erfordert sehr viel Toleranz, Ausdauer und das Aushandeln von Konflikten.

 Autorin: Angelika Hildersperger

Repair Café Darmstadt

Das Prinzip eines Repair Cafés ist einfach zu verstehen: Zu regelmäßigen Veranstaltungen können Cafébesucher ihre defekten Geräte und Lieblingsteile mitbringen, wo diese von ehrenamtlichen Experten in Zusammenarbeit mit den Besuchern repariert werden. Dabei steht der Austausch von Erfahrungen und Wissen im Vordergrund. Mit Hilfe zur Selbsthilfe werden die Besucher für Ressourcenschonung im Alltag sensibilisiert. Die regelmäßigen Reparaturtreffen der Quartiersbewohner dienen jedoch auch dem informellen Austausch bei Kaffee und Kuchen und somit stärkeren nachbarschaftlichen Beziehungen. — Die Idee des Repair Cafés hat sich seit 2009 von Amsterdam aus in die Welt verbreitet. Mittlerweile gibt es einen niederländischen Dachverband, der Organisationsmaterial bereitstellt. Hier erhalten Interessierte Hinweise, worauf sie selbst bei der Gründung eines Repair Cafés achten müssen, von der Raumsuche bis hin zu rechtlichen Fragen. — Das Repair Café Darmstadt entstand in einer Zusammenarbeit der Initiative Transition Town Darmstadt mit einem interdisziplinären Seminar an der TU Darmstadt, das mit einem „Service Learning“-Ansatz, Wissen für wohltätige Zwecke einsetzen wollte. Im Zuge der Zusammenarbeit schlossen sich weitere Privatpersonen und Vereine dem Vorhaben an. Innerhalb des Seminars wurden Verantwortlichkeiten wie etwa Expertensuche, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit verteilt. — Schließlich konnte das Repair Café zum ersten Mal am 1. Februar 2014 im Nachbarschaftsheim Bessungen stattfinden. Dank guter Presseberichterstattung und erfolgreichen Fundraisings war der Andrang gleich beim ersten Termin sehr groß. Das Repair Café Darmstadt konnte auch nach Abschluss des Seminars fortbestehen hat nur wenige Monate nach seiner Eröffnung drei Zweigstellen in anderen Stadtteilen und im Umland hervorgebracht.



 Autorin: Anna Zdiara



Förderverein „van Ameren Bad e.V.“

Das Beispiel des Emdener Fördervereins „van Ameren Bad e. V.“ zeigt, wie Bürger innovative Lösungen auf den Weg bringen, um die Schließung bedrohter öffentlicher Infrastruktur zu verhindern. Im Jahr 1993 war die ostfriesische Stadt Emden aufgrund fehlender Mittel gezwungen, das Freibad der 52 000 Einwohner Gemeinde zu schließen – eine

unabhängige Beraterfirma hatte das Objekt zuvor als „nicht sanierungsfähig“ eingestuft. Eine Gruppe engagierter Bürger wollte diesen Entschluss nicht akzeptieren und beschloss, das van Ameren Bad zu erhalten. Sie gründeten einen Förderverein und vereinbarten im Jahr 1994 einen Zeitvertrag mit der Stadt, der 2010 erfolgreich um weitere 15 Jahre verlängert wurde. Während sich die Stadt nicht im Stande sah, das Bad wirtschaftlich zu betreiben, machte der Verein bereits ab der ersten Saison Gewinn. Bis heute setzte der Verein über eine Million Euro aus eigenen Mitteln um. Die Einnahmen des van Ameren Bads werden allein aus den Eintrittsgeldern, Werbeverträgen, Spenden und Mitgliedsbeiträgen gewonnen, da es keine öffentlichen Zuschüsse gibt. Ehrenamtliche Mitarbeiter führen die Arbeiten wie den Ticketverkauf oder die Instandhaltung der Anlage selbstständig durch. Darüber hinaus organisieren sie weitere Veranstaltungen, wie Feste, Schwimmereignisse oder Themenabende, von denen auch das städtische Leben profitiert. Heute ist der Verein mit 2 300 Mitgliedern der zweitgrößte Verein der Gemeinde. Der Förderverein „van Ameren Bad e. V.“ zeigt, dass traditionelle Formen der kommunalen Infrastrukturbereitstellung überdacht werden können und Methoden, die auf dem Interesse und Engagement der Bürger aufbauen, sehr erfolgreich sein können. Insbesondere in Städten, in denen konventionelle Methoden scheitern, kann ein selbstgemachtes Infrastrukturangebot eine geeignete Alternative darstellen.

 Autorin: Sandra May



Das Allmendekontor in Berlin

Ausgangspunkt des Kontors ist der Gemeinschaftsgarten auf dem ehemaligen Tempelhofer Flugplatz, in direkter Nachbarschaft zum Neuköllner Schillerkiez. Rund 300 ha ist der stillgelegte Flugplatz groß, 5000 m² davon werden seit 2011 für festgelegte 6 Jahre von der Gemeinschaft des „Allmendekontors“ genutzt. Der Garten ist zunächst als Zwischennutzung gedacht, soll jedoch durch seine Funktion als Vernetzungspunkt und Wissensspeicher in die Zukunft gerichtet und räumlich flexibel sein. Während bei der Gründung lediglich 20 Leute zusammen arbeiteten, beschäftigen sich heute etwa 900 Mitgärtner auf 300 Beeten mit

ihren Pflanzen. Die Beete werden durch ein Losverfahren vergeben. — Um die kreativen Kräfte der urbanen Gärtner in Berlin zu bündeln, bildet die zivilgesellschaftliche Initiative „Allmendekontor“ neben dem Betrieb des „eigenen“ Gemeinschaftsgartens eine Anlaufstelle zur Vernetzung und für die Kooperation mit Verwaltungen, Forschung und Bildung. Ziel ist dabei die verstärkte Nutzung des öffentlichen städtischen Freiraums durch gemeinschaftliche, kooperative Gestaltung als urbane Allmende. — Die Initiative wurde 2010 von 13 engagierten Bürgern aus den verschiedensten Bereichen und Altersgruppen gegründet und steht seitdem in engem Kontakt mit Stiftungen, anderen Initiativen und interessierten Bürgern. Der Austausch mit anderen Vereinen und Initiativen ist ein entscheidender Faktor in der Arbeitsweise des Kontors.

Autoren: Walther Scharlipp, Jan Mosebach (Bauhaus-Universität Weimar)

Dorfladen s' Lädle Michelbach am Wald eG

Die Genossenschaft Dorfladen s' Lädle Michelbach am Wald eG zeigt, wie sich Bürger nach der Schließung der letzten Versorgungsinfrastruktur selbst um die Nahversorgung in ihrem Dorf kümmern. — Wodurch wurde ihr Projekt angestoßen? 2009 schloss der einzige Lebensmittelmarkt im Ort. Davon waren vor allem die wenig mobilen Senioren, Hausfrauen und Jugendlichen betroffen. Aber es ging damit auch ein sozialer Treffpunkt verloren. Wir beschlossen die Lebensqualität im Ort zu verbessern, indem wir uns selbst helfen. Ortsvorsteher, Ortschaftrat und eine ehemalige Mitarbeiterin des Lebensmittelladens riefen die Idee ins Leben.

— Was waren die wichtigsten Schritte die zur Gründung führten? 2010 verkleinerte sich die Volksbank vor Ort und zog um, was einen Komplettleerstand ihrer bisherigen Immobilie auslöste. Diese schien uns geeignet für unser Projekt Dorfladen. Wir besuchten andere Dorfläden, machten einen Workshop „Michelbach mit Zukunft“ und gaben eine Basisuntersuchung bei der DORV GmbH in Auftrag. Die Gründung der Genossenschaft mit 700 Anteilen à 100€ war auch sehr wichtig. Wir haben 304 Anteilseigner, die dementsprechend auch im Lädle einkaufen. Die Stadt Öhringen unterstützte, uns indem sie die Immobilie kaufte und unentgeltlich an uns verpachtete. — Was unterscheidet s' Lädle von anderen Lebensmittelmärkten? Es ist mit sehr viel Charme hochwertig eingerichtet und wir haben eine Café-Ecke als Treffpunkt. Produkte regionaler Selbstvermarkter wie Obst, Gemüse, Wein, Honig und Fleischwaren werden hier mitvermarktet. Die Backwaren beziehen wir aus dem Nachbarort und sind als Ergänzung zum Bäcker am Ort ein fester Bestandteil des Kaufangebotes. Zudem sind wir auf kleine Mengen eingerichtet. In Zukunft möchten wir unser Dienstleistungsangebot, beispielsweise in Richtung Annahmeservice für die Wäscherei und Schuhmacher, erweitern. — Was war die wichtigste Lehre bei Ihrem Projekt? Ohne die Unterstützung der Stadt wäre nichts gegangen.

Autoren: Wolfgang Grimm, Patrick Wieland

Wohn- und Kulturprojekt KOMPOTT Chemnitz

Was ist das KOMPOTT?

Das KOMPOTT ist ein soziokulturelles Jugend-, Kunst und Wohnprojekt mit Freiraum für experimentell-kollektive Lebensformen, Beteiligungsformen und Austausch. Ziel war es, vier zum Abriss vorgesehene Häuser mit unterschiedlichen Nutzern zu beleben und gemeinsam Selbstverwaltung zu erproben. Das Projekt entstand aus einem konfliktreichen und langwierigen stadtpolitischen Prozess und besteht nunmehr seit fast vier Jahren. — Was waren die wichtigsten Meilensteine bei dem Projekt? Nachdem uns 2010 der Mietvertrag für unsere bisherigen Projekthäuser gekündigt wurde, konnten wir Dank intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Bürgern einen Diskurs in Gang setzen. Daraufhin wurde uns die jetzige Häuserzeile mit einem dreijährigen, mietfreien Nutzungsvertrag als Schlichtungsangebot unterbreitet. Mit der EXWOST-Förderung konnten wir wichtige Baumaßnahmen durchführen. Die größte Herausforderung ist nun, KOMPOTT in eine gesicherte, langfristige Nutzung zu überführen. Dazu stehen wir mit der Stadt und der Eigentümerin in Verhandlungen über einen möglichen Kauf der Häuser. — Wie ist das KOMPOTT organisiert? Der Trägerverein Urbane Polemik e. V. fungiert als Rechtsform. Die Akteure im Projekt sind Hausbewohner, Aktive in Projekten und sonstige Sympathisanten. Entscheidungen werden basisdemokratisch und konsensorientiert im wöchentlichen Plenum getroffen. Die einzelnen Projekte im KOMPOTT organisieren sich zusätzlich in kleineren Initiativen oder Vereinen. — Wie setzen sich die NutzerInnen des KOMPOTT zusammen? Aus Handwerkern, Künstlern, Studierenden, (Nicht)Erwerbstätigen, Kulturschaffenden und -interessierten sowie Freiberuflern. Das KOMPOTT ist Lebensraum für Wohnende, Atelierraum für Künstler, Aktionsraum für Initiativen und öffentlicher Raum für Gäste.

Autoren: Wolfgang Grimm, Martina Klaus

Winterschule in Aachen

38 Studierende in fünf Workshops

Zu Beginn der Winterschule im März 2014 wurden in einer gemeinsamen Diskussion unter allen teilnehmenden Studierenden Fragestellungen und Themenfelder gesammelt, die für das Verständnis der selbstgemachten Stadt zentral sind. Die gesammelten Aspekte wurden zu folgenden fünf Themenfeldern verdichtet und im weiteren Verlauf von den Studierenden in entsprechenden Arbeitsgruppen vertieft unter die Lupe genommen:

- Kann man selbstgemachte Stadt definieren?
Eine begriffliche Annäherung.
- Warum wird Stadt selbstgemacht?
Motive der selbstgemachten Stadt.
- Wer macht Stadt selbst?
Akteure der selbstgemachten Stadt.
- Selbstgemachte Stadt, Stadt der Zukunft?
Auswirkungen der selbstgemachten Stadt.
- Selbstgemachte (Stadt)Planung.
Das Zusammenspiel mit formalisierten Planungsprozessen.

Die Gedanken der Arbeitsgruppen zu diesen Aspekten werden auf den folgenden Seiten dargestellt. Es sind Schlaglichter auf die Ergebnisse der studentischen Arbeit während der Winterschule, die über das hier Dargestellte hinaus weitere inhaltliche Debatten hervorgebracht haben.



Studierende, die an der Winterschule teilgenommen haben: Sofie Arnold, Felix Baumann, Laura Belik, Felix Bunke, Hanna Denecke, Loxandra Dimakopoulos, Raphael Domin, Marina Feirer, Ann-Christin Flesch, Friederike Fugmann, Katja Göser, Wolfgang Grimm, Anna Gumm, Annika Heller, Maximilian Henkel, Marie Hoppe, Renate Jurgesa, Pascale Kaell, Marie Kefenbaum, Eileen Kock, Lydia Krebil, Ben Lebek, Valentin Meilinger, Anna Oelrichs, Jasmin Pasternak, Marcus Pöggel, Nils Polzin, Theresa Richter, Jason Schejno, Annemarie Scherrer, Paul Schleef, Monika Spoerhase, Maximilian Steinborn, Carina Tremmel, Niklas Turner, Sina Vielberg, Jens Will, Judith Zschech.

Warum wird Stadt selbstgemacht?

Motive der selbstgemachten Stadt

Was bewegt einen dazu, Stadt selbstzumachen? Welche Motive sind prägend bei der Gründung und Nutzung selbstgemachter Projekte? Und werden die individuellen Motive der einzelnen Initiatoren von allgemeinen, übergeordneten Rahmenbedingungen beeinflusst? Eine Analyse unterschiedlicher Fallbeispiele der selbstgemachten Stadt klärt diese Fragen und hilft, das Phänomen besser zu verstehen. Um einen breiten Querschnitt selbstgemachter Projekte zu erhalten, wurden hierfür unterschiedliche Projekte aus verschiedenen Bereichen analysiert und hinsichtlich ihrer Motive bewertet. Die betrachteten Fallbeispiele – z. B. das Himmelbeet in Berlin oder das Repair Café in Darmstadt – bewegen sich innerhalb der Themenfelder Versorgung, Wohnen, Performance und Freiraum.

Selbstgemachte Projekte entstehen aufgrund sozialer, ökologischer, ökonomischer und selbstbezogener Motive.

Sie stellen indirekt eine Reaktion auf bestehende lokale oder globale Rahmenbedingungen dar.

Zur Strukturierung einzelner Motive wurden vier Motivkategorien gebildet: Gesellschaftspolitische und soziale, ökologische, ökonomische und selbstbezogene Motive. Diese vorgenommene Kategorisierung ist nicht als feste Einordnung zu verstehen, vielmehr dient sie einem besseren Überblick über die zahlreichen Einzelmotive, die teilweise mehreren Kategorien zugeordnet werden können. Unter sozialen und gesellschaftspolitischen Motiven werden vor allem solche verstanden, die Kritik und Ausdruck von Protest beinhalten oder auch das Knüpfen von Kontakten und den Austausch mit anderen Menschen; die ökologischen Motive betreffen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelange; die ökonomischen Motive zielen auf wirtschaftliche Aspekte und die selbstbezogenen Motive vor allem auf das individuelle Wohlbefinden ab. In der Matrix auf der folgenden Seite wird grafisch dargestellt, welche Motive zur Gründung und Nutzung der ausgewählten Fallbeispiele ausschlaggebend waren. Es wird deutlich, dass über alle Projekttypen hinweg – von Projekten, die auf Versorgung

abzielen bis hin zu solchen, die Freiräume gestalten wollen – gesellschaftspolitische und soziale Motive ausschlaggebend sind. Daneben sind insbesondere bei Freiraum-Projekten erwartungsgemäß auch ökologische Beweggründe wichtig. Ökonomische Aspekte hingegen spielen vor allem dort eine Rolle, wo es um Versorgung mit bestimmten Gütern oder Infrastrukturen geht. Performance-Projekte, die auf (künstlerische) Interventionen im öffentlichen Raum abzielen, sind primär durch selbstbezogene, das Individuum betreffende Motive angetrieben. Die Matrix verdeutlicht, dass die Motive je nach Projekt stark variieren und aus einem komplexen Gefüge mit jeweils ganz spezifischer Gewichtung in den Motivkategorien bestehen. Um zu verstehen, warum die Motivation, Stadt selbst zu machen, überhaupt erst in den Köpfen der Menschen entsteht und wodurch bestimmte Absichten beeinflusst werden, sind zudem übergeordnete Zusammenhänge zwischen Motiven und allgemeinen Rahmenbedingungen von Bedeutung, die im Folgenden analysiert werden.

Einbettung in Rahmenbedingungen

Wie sich der Matrix entnehmen lässt, sind die Motive, Stadt selbst zu machen individuell von den einzelnen Gruppenaktivisten und Akteuren geprägt. Eines lässt sich jedoch für alle Projekte festhalten: Sie verfolgen gesellschaftliche, soziale, ökologische und/oder ökonomische Absichten und stellen damit indirekt eine Reaktion auf bestehende lokale oder globale Rahmenbedingungen dar. Besonders prägend für selbstgemachte Projekte sind drei Entwicklungen, deren Auswirkungen einen Effekt auf die Gesellschaft und das Verhalten der Akteure zur Folge haben: Demographischer Wandel, Globalisierung und Klimawandel. Selbstgemachte Projekte setzen sich damit auseinander und formulieren lokale Antworten auf diese übergeordneten Trends. So bieten innovative Wohnformen Räume, um selbstbestimmte Familien- bzw. „Wahlverwandschafts“-Modelle zu leben und stellen damit auch eine Möglichkeit zur Bewältigung demographischer

Herausforderungen dar. Urbane Gartenprojekte sind oftmals lokale Reaktionen auf einen globalisierten und ressourcenintensiven Nahrungsmittelmarkt, dessen Komplexität den persönlichen Einfluss auf politische Richtungsänderungen unmöglich erscheinen lässt. Urban Gardening

erlaubt die direkte „Einmischung“ in die Thematik: es schafft vor Ort kleinteilige Gegenentwürfe – wenngleich auf eine oft experimentelle Art und macht auf umweltpolitische Themen aufmerksam, um das Verständnis für globale Zusammenhänge und den Klimawandel zu schulen. Auch

Einrichtungen wie das Repair Café widersetzen sich im Kleinen und unmittelbar beeinflussbaren Rahmen, dem durch die Globalisierung ausgelösten Trend der Massenproduktion bzw. konsumorientierten Wirtschaftsformen.

Motive	Fallbeispiele	Versorgung	Wohnen	Performance	Freiräume
		mundraub Repair Café Freifunk Solidarische Landwirtschaft	Beginenhof Wohnsinn	die urbanauten Critical Mass Street Art	Park Fiction o'pflanzt is! Himmelsbeet
Gesellschaftspolitische und soziale Motive Gestaltung und Belebung des öffentlichen Raums Daseinsvorsorge sichern Kulturelle Bereicherung Pädagogische und didaktische Motive Provokation und Protest Renaissance alter Werte Wunsch nach Gemeinschaft					
Ökologische Motive Aufwertung und Erhalt ökologischer Qualität Gesundheitsbewusstsein Ressourcen sparen Stadtklima Schaffung von Umweltbewusstsein					
Ökonomische Motive Schaffung ökonomischer Alternativen Emanzipation vom Endverbraucherdasein Einkommensquelle Finanzielle Ressourcen sparen					
Selbstbezogene Motive Alleinstellungsmerkmal Schaffung von „individuellen Wunschräumen“ Freizeitgestaltung Persönliche Identität Selbstverwirklichung Verbundenheit					

● stark zutreffend ● weniger stark zutreffend

mundraub Online-Community, die öffentlich zugängliche Obstbäume und Kräuter kartiert.

Repair Café Zusammenkünfte, bei denen gemeinsam kaputte Gegenstände repariert werden.

Freifunk Ehrenamtliche Bereitstellung von frei zugänglichem und kostenlosem W-Lan.

Solidarische Landwirtschaft Gemeinschaftlicher Zusammenschluss regional ansässiger Landwirte und Haushalte.

Beginenhof, Berlin Gemeinschaftsorientiertes Wohnprojekt für Frauen.

Wohnsinn, Aachen Selbstverwaltetes Wohnprojekt in Gemeinschaftseigentum, Mitglieder des Mietshäuser Syndikat e. V..

Urbanauten, München Büro für Debatten, Konzepte und Projekte für den öffentlichen Raum in München.

Critical Mass Scheinbar zufällige und unorganisierte Fahrradfahrten der Critical-Mass-Community auf innerstädtischen Straßen.

Street Art Verschiedene Formen nichtkommerzieller Kunst im öffentlichen Raum.

Park Fiction, Hamburg Selbstgeplante Parkanlage in St. Pauli; gemeinsame Wunschproduktion von Anrainern, Künstlern und Architekten.

o'pflanzt is!, München Durch die Initiative von Bürgern geschaffener Gemeinschaftsgarten in München.

Himmelsbeet, Berlin Soziale urbane Landwirtschaft in Berlin mit dem Ziel, einen Gemeinschaftsgarten als Ort der Begegnung & der Wissensvermittlung zu entwickeln.

Akteure der selbstgemachten Stadt

Die Frage nach dem „wer macht Stadt“ ist im Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zu verorten. In den letzten Jahrzehnten kam es zu einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen diesen drei Polen. Demnach werden ehemals staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge aufgrund neoliberaler Strategien zunehmend privatisiert. Mehr als unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen kommt es bei den marktorientierten Formen der Stadtgestaltung und Daseinsvorsorge zu Ungleichheiten. Im Zuge dieser Entwicklung konstituiert sich „Stadtproduktion“ heute auf eine andere Art und Weise als vor zwei Jahrzehnten, wobei eine klare Tendenz zum „Stadt selbstmachen“ zu erkennen ist. Ein Bewusstsein des Einzelnen über die Wichtigkeit bestimmter Funktionen der Stadt und die Möglichkeit eigenverantwortlichen Handelns ist dabei sicherlich als ein Grund für diese Entwicklung zu betrachten.

Im Folgenden werden zivilgesellschaftliche Akteure beleuchtet, deren Interesse es ist, vorwiegend soziale, kulturelle und ökologische Ziele umzusetzen. Grundsätzlich trägt jeder Bewohner der Stadt, ob bewusst oder unbewusst, zur Stadtgestaltung bei. Deshalb werden Projekte der selbstgemachten Stadt hier als „durch bewusstes Handeln realisiert“ verstanden. Vor diesem Hintergrund gilt es, Stadtbewohnern die Möglichkeiten zur aktiven Stadtgestaltung aufzuzeigen und diese zu einem bewussten Engagement zu mobilisieren.

Jeder Bewohner trägt bewusst oder unbewusst zur Stadtgestaltung bei. Projekte der selbstgemachten Stadt werden hier als „durch bewusstes Handeln realisiert“ verstanden.

Als Methode wurde eine Entscheidungsmatrix entwickelt, welche auf der folgenden Seite beispielhaft aufzeigt, wie Entscheidungen in Projekten der selbstgemachten Stadt getroffen werden können. Anders als bei einem herkömmlichen zweidimensionalen Entschei-

dungsdiagramm (Ja/Nein), werden unterschiedliche Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme an städtischen Gestaltungsprozessen dargestellt. Dies geschieht, trotz der Mehrdimensionalität der Wahlmöglichkeiten, auf eine vereinfachte spielerische Art und Weise. Der Anspruch des Diagramms ist es, komplexe Zusammenhänge in der Akteurslandschaft von selbstgemachten Projekten übersichtlich darzustellen.

Die Akteure, deren Motive im Diagramm dargestellt werden, werden innerhalb einer Analyse von unterschiedlichen Projekten der selbstgemachten Stadt typisiert. Im Zentrum selbstgemachter Projekte steht meist eine Gruppe von Initiatoren, die persönliche Interessen verfolgen und sich für ihre Überzeugungen und Vorstellungen von Stadt einsetzen.

Innerhalb der selbstgemachten Projekte übernehmen die Akteure verschiedene Funktionen.

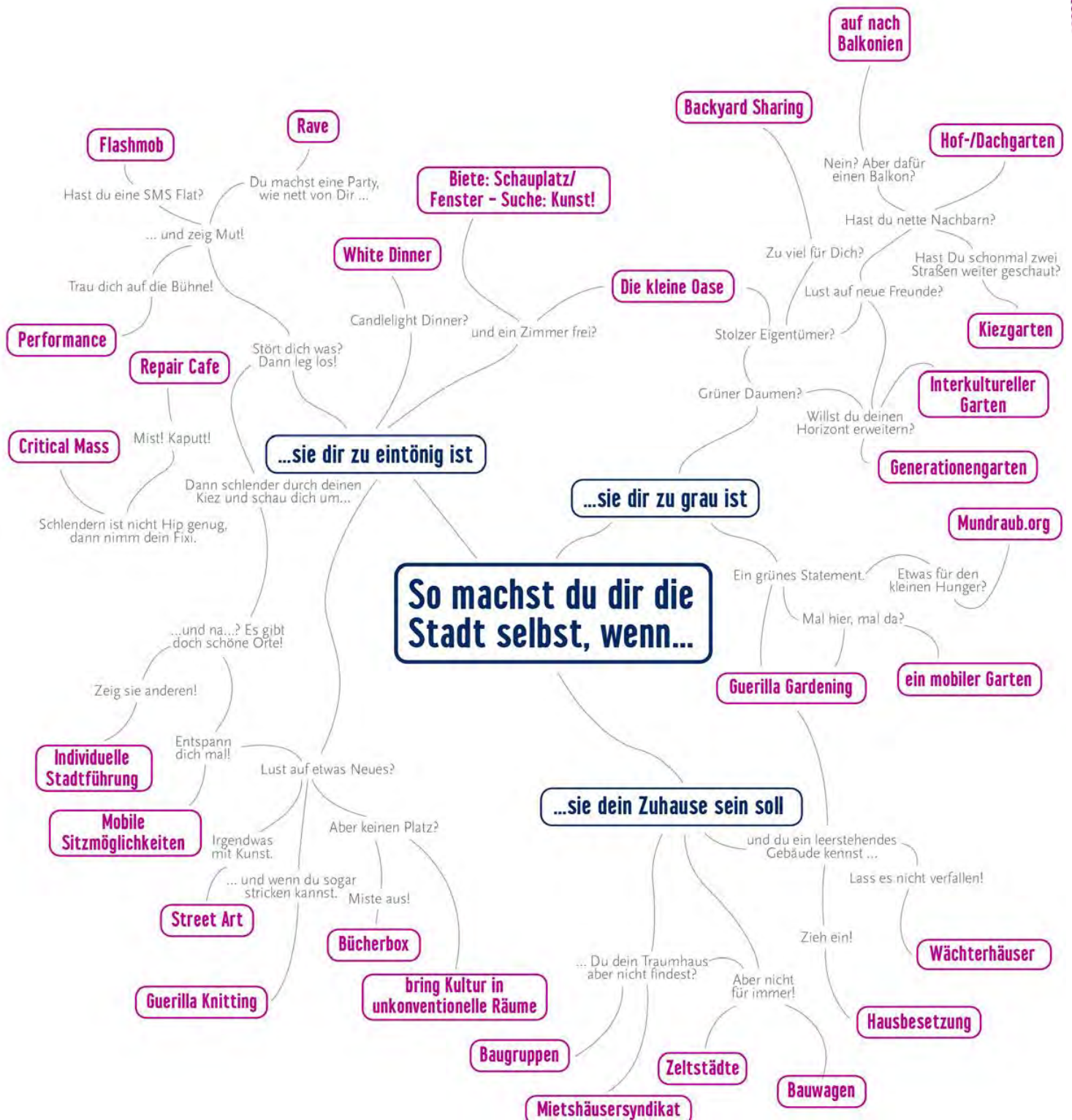
Ein Bewusstsein des Einzelnen über die Wichtigkeit bestimmter Funktionen der Stadt und die Möglichkeit eigenverantwortlichen Handelns sind dabei als Gründe für die Tendenz zum „Stadt selbstmachen“ zu betrachten.

Innerhalb der Gruppe zeichnet sich ein Spektrum von künstlerischen Pionieren bis hin zu ehrenamtlichen Helfern ab. Des Weiteren spielen unterstützende und vernetzende Akteure und Institutionen eine wichtige Rolle. Diese handeln jedoch aus unterschiedlichen Motivationen heraus, die sich von kommerziellen bis hin zu idealistischen Beweggründen erstrecken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass solche Unterstützer auch feste Positionen einnehmen können und eventuell nicht gewillt sind, davon abzuweichen. Sie können somit auch hindernd für selbstgemachte Projekte sein. Eine dritte Gruppe besteht aus Akteuren, die mithilfe ihres spezifischen Wissens die Durchführung der Projekte unterstützen. Beispielhaft dafür können, neben Experten wie Architekten und Juristen, auch andere Bürger als „Spezialisten des Alltags“ sein. Die idealtypische Einordnung der Akteure in die zuvor genannten Gruppen dient der Anschaulichkeit, spiegelt jedoch nicht die Komplexität der gesamten Akteurslandschaft wieder. Vielmehr gilt, dass die Handelnden mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Einflussnahme an der selbstgemachten Stadt mitwirken. Ihre

Handlungsfähigkeit ist abhängig von unterschiedlichen Faktoren wie dem sozialen Milieu, dem Bildungsniveau und dem Alter. Darüber hinaus verändern sich Akteursrollen im Zuge der Realisierung und Konsolidierung von Projekten. Zusammenfassend

zeigt sich, dass die selbstgemachte Stadt potentiell von jedem gestaltet werden könnte, die konkreten Realisierungen letztlich jedoch sozial sehr differenziert ausfallen.

Handelnde können mit unterschiedlichen Möglichkeiten der Einflussnahme an der selbstgemachten Stadt mitwirken.



Zwischen Idealis und Chaotica

Selbstgemachte Stadt, Stadt der Zukunft?

Slogans wie „Mach dir deine Stadt selbst“, „Ein Recht auf Stadt“ und „Die Stadt gehört uns allen“ sind insbesondere im Stadtbild von Großstädten vermehrt anzutreffen. Sie zeugen von einem neuen Bewusstsein und Selbstverständnis der Bürger für die Stadt, das immer häufiger in selbstinitiierten Projekten und Veranstaltungen mündet und damit die Stadtgesellschaft und städtische Morphologie verändert. Wenn sich diese neue Beteiligungsphilosophie seitens der Bürger in Zukunft weiter etabliert, muss über ihre Konsequenzen nachgedacht werden. Doch was sind die Auswirkungen der selbstgemachten Stadt auf uns, die Stadtgesellschaft, und wie verändert sie die Gestalt der Stadt?

Diese Fragen sollen im Folgenden diskutiert werden, um eine Position zum Für und Wider selbstgemachter Stadt finden zu können. Dazu werden die zwei Szenarien „Idealis“ und „Chaotica“ gegenübergestellt, welche überspitzt unterschiedliche Auswirkungen der selbstgemachten Stadt zeigen.

Idealis

Idealis, eine fiktive Stadt voller Leben in einer vielfältig geprägten Gesellschaft, stellt ein romantisierendes Idealbild der selbstgemachten Stadt dar. Durchzogen von Gemeinschaftsgärten, mobilen Pflanzprojekten und zahlreichen anderen Formen urbaner Begrünung hat Idealis keine Probleme mit dem Stadtklima und setzt auch in ästhetischer Hinsicht neue Maßstäbe. Regionale Nutzpflanzen werden direkt im Stadtraum angebaut, sorgen für eine gesündere Ernährung der Anwohner, geringere Ausgaben für Lebensmittel und erhöhen nicht zuletzt auch den Gesundheitszustand der Stadtbevölkerung, die von positiven Werten getragen ist. Dazu gehört die Bereitschaft zu Teilen, ein selbstverständliches Gemeinschaftsbewusstsein, aus denen begeisterte Partizipationswellen

resultieren. Ein jeder nimmt sein Recht auf Selbstverwirklichung wahr und findet dabei Mitstreiter für seine Projekte. Ganz im Sinne der selbstgemachten Stadt entstehen somit Symbiosen und Synergien kreuz und quer durch die Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Segregationsprozesse sind faktisch nicht mehr existent; auch Immigranten finden schnell ihr neues Zuhause. Zu Hause? Ein Wort, das es aufzugreifen gilt in einer Stadt, die eine unglaubliche Vielfalt an experimentierfreudigen und gemeinschaftlichen Wohnformen bietet. Bedingt durch eben jene Fülle und Heterogenität dieser unterschiedlichen Wohn- und Lebensformen, zeichnet sich ein kunterbuntes Stadtbild, das sich

erstmalig auch direkt am Nutzer orientiert. Cohousing, Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen und weitere alternative Formen des städtischen Lebens sind Faktoren, die zur Belebung von Leerstand beitragen sowie soziale Leistungen übernehmen können. Ebenso bedient werden Nachfragerischen, die von der kommerziell geprägten Bauwirtschaft nicht getragen werden können.

Vorteilhaft wirkt sich auch das Bottom-Up-Prinzip aus. Unerkannte Potenzialflächen in innerstädtischen Bereichen von Idealis werden wesentlich schneller als solche identifiziert und innerhalb kürzester Zeit mit vielfältigen Nutzungen bespielt. Unbürokratische Prozesse beschleunigen



Selbstgemachte Stadt widerspricht dem Gemeinwohlscharakter der Planung

Die Initiatoren verfolgen nur egoistische Ziele

Es ist ein aktueller Hype und letztlich nichts Neues

Selbstgemachte Stadt bereichert die Stadt um fehlende Angebote

Selbstgemachte Stadt ist nur für Intellektuelle

SELBSTGEMACHTE STADT

selbstgemachte Projekte und sorgen für eine stete Dynamik in der Stadtstruktur, ohne jedoch dabei den Wert der Identität außer Acht zu lassen. Die Einwohner von Idealis sind ohnehin sehr stark mit ihrer Stadt verbunden, bedingt durch permanent in die Gemeinschaft eingebrachte Arbeitsleistungen und – daraus resultierend – eigene Projekte und Produkte. Zusätzlich sind viele Einwohner sportlich aktiv, organisieren sich in Vereinen und tragen an öffentlichen Plätzen zur begeisterten Förderung körperlicher Aktivität bei. Auch kulturelle Aspekte kommen nicht zu kurz im Schmelztiegel der Möglichkeiten von Idealis. Nahezu überall in den Straßen finden regelmäßig oder auch spontan Happenings statt. Künstler und Kulturbegiesterte treffen sich zu gemeinsamen Ausstellungen, Vorführungen und Aktionen. Annähernd sämtliche Bereiche der Stadt sind frei zugänglich, laden ein

zu gemeinsamen Aktivitäten, Projekten, Foren und zahlreichen anderen Initiativen jeglicher Art. Zusammenfassend kann Idealis als ein schillerndes Stadtgebilde mit unvorstellbar vielen verschiedenen Facetten – räumlich und gesellschaftlich – bezeichnet werden, ein Ort der Selbstverwirklichung und grenzenloser Kreativitätseinfaltung.

Chaotica

In der Stadtlandschaft Chaotica ist der Name Programm. Durch eine starke Radikalisierung und Abgrenzung der „Selbstgemachte-Stadt-Bewegung“ von formalisierter Planung, kann nicht länger vorrausschauend und übergeordnet geplant werden. Daher entstehen viele selbstgemachte Projekte, welche – isoliert betrachtet – durchaus einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft darstellen, in ihrer unkoordinierten Gesamtheit jedoch

sehr konfliktgeladen sind. Aus diesem Grund kommt es vermehrt zu Interessens- und Nutzungskonflikten zwischen Bürgern, denn in Chaotica gilt: Wer zuerst kommt, baut zuerst. Durch die öffentliche Ausrichtung der selbstgemachten Projekte, verschwimmen Eigentumsverhältnisse sowie die Trennung von öffentlichem und privatem Raum. Dies führt zu ungeklärten Verantwortlichkeits- und Haftungsverhältnissen, welche die Konflikte innerhalb der Stadtgesellschaft weiter verschärfen. Außerdem können selbstgemachte Projekte entstehen, welche sehr egoistisch motiviert sind und nur einer kleinen Randgruppe vorbehalten sind. Diese Projekte verkommen zu Isolationszellen und tragen stückweise zu einer Fragmentierung der Gesellschaft bei.

In Chaotica leiden viele Projekte darunter, dass sich die Kerngruppe nach erfolgreicher Initiierung eines Projekts von dessen Bewirtschaftung zurückzieht und es keine Gruppe mehr gibt, welche sich um den Fortbestand des Projekts kümmert. Infolge dessen verwahrlosen viele Projekte und der erwünschte Mehrwert für die Gesellschaft kehrt sich in sein Gegenteil. Aus Mangel an Wohnraum werden außerdem viele temporär leerstehende Gebäude besetzt. Dies hindert den Eigentümer daran, seine Immobilie zu entwickeln und schließt auch Investitionen von anderen Akteuren aus.

In Chaotica hat jeder Bürger eine fast uneingeschränkte individuelle Gestaltungsfreiheit, die gleichzeitig Probleme generiert: Durch das unkoordinierte Bauen und das selbständige Erobern des Stadtraums treten vermehrt Nutzungskonflikte auf. Diese führen dann in der Folge auch zu Ausgrenzung und gesellschaftlicher Fragmentierung.

In überspitzter Form skizzieren Chaotica und Idealis negative und positive Ausprägungen und -wirkungen von selbstgemachter Stadt, die in Wirklichkeit nie in diesen Extremen existieren wird. Dennoch lassen sich – je nach Projekt und Kontext – Erscheinungsformen aus beiden Gegenentwürfen in vielfältigstem Zusammenspiel und Variationen finden.

Selbstgemachte Stadt behindert konventionelle Planung

Selbstgemachte Stadt und konventionelle Planung sind nicht vereinbar

Durch selbstgemachte Stadt kann sich jeder selbst verwirklichen

Selbstgemachte Stadt entsteht vor allem in der Großstadt



– STADT DER ZUKUNFT?

Die selbstgemachte Stadt – eine Annäherung

Im Rahmen der Winterschule haben sich aus unterschiedlichen Arbeiten in den Lehrveranstaltungen diverse Definitionen, Herangehensweisen und Ergebnisse herausgebildet. Die Reaktionen darauf waren in vielerlei Hinsicht auf die Abgrenzung des Themas an sich bezogen und die allgemeine Frage „Was versteht man eigentlich unter selbstgemachter Stadt?“ war allgegenwärtig in den zahlreichen Diskussionen. Eine statische und allgemeingültige

Definition zum „Selbstmachen“ in stadträumlichen Bezügen wird der Vielschichtigkeit des Themas nicht gerecht. Zugrunde liegende Motive und Prozesse sowie die jeweiligen räumliche Ausgestaltungen von selbstgemachten Projekten sind in jedem einzelnen Fall sehr spezifisch. Daher war das Ziel unserer Arbeit weniger, das Phänomen klar zu definieren, als vielmehr immer wiederkehrende Gemeinsamkeiten und

somit eine Annäherung herauszuarbeiten. Zugleich werden Abgrenzungskriterien formuliert, um sagen zu können, ab wann ein Projekt eigentlich nicht mehr als selbstgemacht verstanden wird. Dazu wurden die Teilnehmer der Winterschule, darunter Studierende und Lehrende befragt. Damit beziehen sich die Ergebnisse auf einen Personenkreis, der sich mit dem Thema der selbstgemachten Stadt bereits auseinander gesetzt hat.

»Orte in der Stadt werden zweckentfremdet, ihnen wird eine neue Nutzung und Bedeutung gegeben, um sie für Nachbarschaft oder die gesamte Stadtgesellschaft wieder erlebbar zu machen.«

»Die Idee des Selbstgemachten widerspricht zwangsläufig dem Gemeinwohl.«

»Der „Selfmade-Gedanke“ beschreibt einen Prozess, in dem sich Bewohner eigenverantwortlich in Vereinen oder Gruppen organisieren, um ihre gegenwärtige Lebenssituation in ihrer Gemeinde zu verbessern.«

»Selbstgemachte Stadt wird von Allen gemacht, von einzelnen Personen oder von einer Gruppe.«

»Jeder kann selbstgemachte Stadt machen, sowohl Laien als auch Profis.«

ANNÄHERUNG

Von einer selbstgemachten Stadt ist die Rede, wenn Aktivitäten aus eigener Initiative bzw. Motivation von einer Gruppe von Bürgern durch bewusstes Handeln realisiert werden. Unter eigenem Einsatz von Ressourcen reagieren die Aktivitäten häufig unmittelbar auf lokale, regionale oder auch globale Phänomene (z. B. Globalisierung, Klimawandel oder demografischer Wandel). Die selbstgemachten Projekte fügen sich teilweise mit einem Symbolcharakter – punktuell oder großflächig – im privaten und öffentlichen Raum ein. Eigentumsverhältnisse sowie die Trennung von öffentlichem und privatem Raum lösen sich dabei oftmals auf, und temporäre, z. T. informelle Aktivitäten können bei Erfolg zu dauerhaften transformieren. Bei der Aktivierung des Selbstgemachten im Stadtraum und der damit einhergehenden Raumanneignung, verschwimmen die Grenzen zwischen Produzent und Nutzer. Der Wunsch nach einer gewissen Autonomie sowie das steigende Bewusstsein des Einzelnen über die Wichtigkeit bestimmter städtischer Funktionen und die Möglichkeiten eigenverantwortlichen Handelns verstärken den Impuls des Selbstmachens.



Die sechs Fragen aus dem Fragebogen:

1. Nenne die 3 für dich wichtigsten Kriterien für selbstgemachte Stadt.
2. Kann selbstgemachte Stadt auch negative Ausprägungen haben?
3. Muss selbstgemachte Stadt zwangsläufig dem Gemeinwohl dienen?
4. Wer macht selbstgemachte Stadt?
5. Gibt es das Recht auf selbstgemachte Stadt?
6. Wo hört selbstgemachte Stadt auf?

Die Ergebnisse sind in der folgenden Grafik textlich als eine Annäherung auf der linken Seite und einer Abgrenzung auf der rechten Seite formuliert. Um diese Elemente sind zusätzlich Zitate aus den Befragungen angeordnet.

ABGRENZUNG

Von einer selbstgemachten Stadt ist nicht die Rede, wenn die Identität von Produzent und Nutzer nicht mehr deckungsgleich ist. Selbstgemachte Stadt sollte nicht fremdbestimmt, im Sinne einer dauerhaften Abhängigkeit von externen professionalisierten Kompetenzen oder der formalisierten Planung und finanziellen Ressourcen sein. Handeln aus klassisch marktwirtschaftlichen Kalkülen, Motiven und Interessen einerseits und regulierte, formelle Partizipation andererseits werden dem Grundgedanken des „Selbermachens“ nicht gerecht. Selbstgemachte Stadt hört auf, wenn bewusst in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird und bestimmte Bevölkerungsgruppen exkludiert werden.

»Selbstgemachte Stadt kann auch negative Ausprägungen haben, wenn sie zerstörerisch wirkt oder sich unkontrolliert ausdehnt (Slums).«

»Der Begriff selbstgemachte Stadt umfasst viele Ideen und Formen, um den städtischen Raum und das urbane Leben fernab von verwerterorientierter Planung von oben, durch die dort lebenden und agierenden Menschen von unten zu gestalten und entwickeln.«

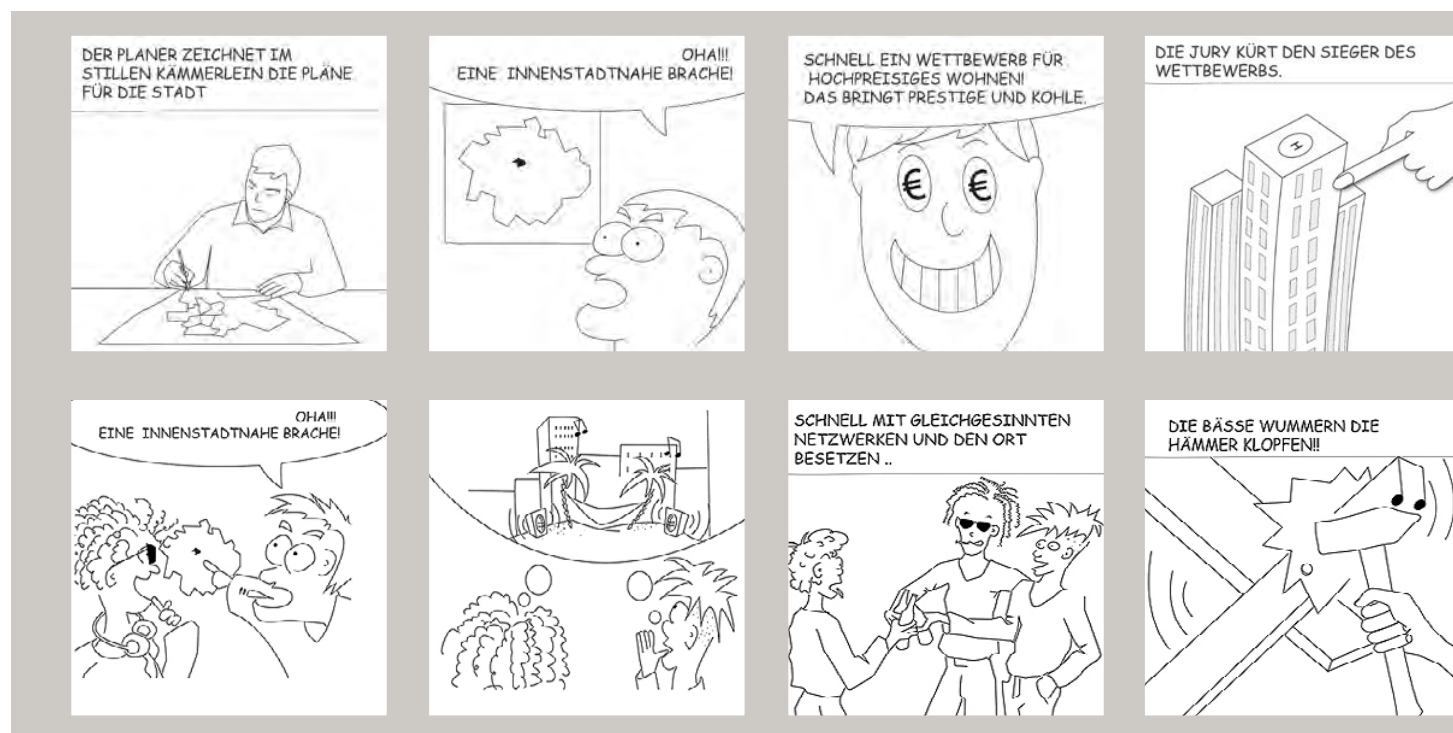
»Selbstgemachte Stadt sollte idealerweise dem Gemeinwohl dienen, allerdings werden Projekte häufig instrumentalisiert.«

»Exklusion von verschiedenen Nutzergruppen ist eine negative Eigenschaft von selbstgemachter Stadt.«

»Selbstgemachte Stadt muss nicht zwangsläufig dem Gemeinwohl dienen, sondern kann auch dem Einzelnen zu Gute kommen.«

»In Form von Vandalismus kann selbstgemachte Stadt auch negativ sein.«

Selbstgemacht(e) StattPlanung



„Zwischennutzung ist inzwischen zu einem magischen Begriff geworden. Zum einen für die vielen kreativen Menschen, die versuchen, einer Welt der Verwertungszwänge Räume für Zukunftsvisionen abzutrotzen. Zum anderen ist es eine Chance für die Stadtentwicklung, an die sich manche erst gewöhnen müssen: Das temporäre war früher häufig der Planer Sache nicht.“ (Ingeborg Junge-Reyer)

Diese Tendenzen von Zwischennutzungen treten in den letzten Jahren immer häufiger auch allgemein in Form von selbstgemachten Projekten in den Stadtdiskurs ein und revitalisieren damit eine schon lange existierende Nische in der Planung. In vielen aktuellen Beispielen wirkt es so, als ob die formalisierte Planung und die selbstgemachten Projekte als Konkurrenten in der Entwicklung einer Stadt handeln. Diese Tendenzen sollen in einer überzeichneten Art und Weise im oben abgebildeten Comic illustriert werden. Die assoziierten Bilder der Planung und der „selfmade-Stadtgestalter“, sind zwar überspitzt dargestellt, jedoch sind

es oft die Bilder, welche in den Köpfen der Allgemeinheit noch existieren. Die Barrieren, die dadurch entstehen, können neue gemeinsame Prozesse erschweren oder sogar verhindern. Diese gilt es in Zukunft näher zu beleuchten und abzubauen. Ein Grund hierfür könnte der festgelegte institutionalisierte Rahmen der formalisierten Planung sein. Dabei können auch selbstgemachte Projekte mit unterschiedlich großen Auswirkungsradien auf den Raum und seine Entwicklung Einfluss nehmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, das aktuell vorherrschende Planungsverständnis in Frage zu stellen und festzustellen, inwieweit es ergänzt oder verändert werden sollte. Um sich dieser Problematik anzunehmen, wurden in diesem Beitrag „selbstgemacht(e) StattPlanung“ die Fragen gestellt, wo formalisierte Planung die selbstgemachten Projekte in ihrer Entwicklung stört und wo sie sie unterstützt. Diese Thematik wurde in der Winterschule anhand von acht Fallbeispielen analysiert. Diese bilden ein breites Spektrum von alternativen Wohnformen (Bauen. Wohnen.

Arbeiten e. V. in Köln), über Kunst- und Kulturprojekten (Raum für urbane Experimente), bis hin zu Projekten für die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge (Energie für Mannebach eG). Eines der Projektbeispiele war Park Fiction, dessen Entstehungsprozess einerseits verdeutlicht, wie eine Initiative aus Anwohnern und Künstlern es schaffte, anstelle eines millionenschweren sechsgeschossigen Wohngebäudes einen Freiraum in ihrem Quartier zu erhalten und mit Hilfe einer breitgefächerten, informellen Bürgerbeteiligung nach ihren Wünschen zu gestalten – obwohl bereits ein Bebauungsplan für den Wohnungsbau bestand. Andererseits spiegelt das Projekt wieder, wie Konflikte zwischen zwei behördlichen Ressorts im Umgang mit städtischen Flächen entstehen und sich gegenseitig behindern können. Die Erkenntnisse aus dieser Analyse wurden im Folgenden als Forderungen ausformuliert.

DIE BAGGER ROLLEN AN!



UNBESCHWERT LÄSST SICH DAS
AUSSTEIGERLEBEN GENTEBEN ...



UND DANN ???



Neun Ideen für die Stadtentwicklung

1_ Akzeptanz & Wertschätzung

Steigerung der Akzeptanz und Wertschätzung selbstgemachter Projekte sowie angemessene Würdigung des ehrenamtlichen Engagements als wichtiger Bestandteil zukunftsfähiger Stadt- und Dorfentwicklung.

2_ Daseinsvorsorge durch Kooperationen

Offenheit der Städte und Kommunen gegenüber der verstärkten Kooperation mit privaten Personen, Gruppierungen, Vereinen o. Ä., vor allem bei der Sicherung und Ergänzung der Daseinsvorsorge sowie sonstigen Bereichen, welche über das Themenfeld der kommunalen Pflichtaufgaben hinaus gehen.

3_ Organisationsstrukturen vereinfachen

Vorhandene formale Organisationsstrukturen sind für potentielle selbstgemachte Stadtprojekte zu vereinfachen. Abbau von

bürokratischen Hürden, beispielsweise bei der Vereinsgründung oder Steuerprüfung.

4_ Soziokulturelle Verträglichkeitsprüfung

In Anlehnung an das Verfahren der Umweltprüfung in der Bauleitplanung sollen auch sogenannte „soziokulturelle Verträglichkeitsprüfungen“ (SKVPs) auf Quartiersebene durchgeführt werden.

5_ Sonderbeauftragter

Etablierung eines Sonderbeauftragten für selbstgemachte Projekte in der Verwaltung, analog zum kommunalen Radverkehrs- oder Klimabeauftragten.

6_ Transparenz in Planungsprozessen

Erhöhung der Transparenz bei generalisierten Planungsprozessen sowie Verbesserung der internen und externen Kommunikation in der kommunalen Verwaltung. Beispielhaft wäre ein online abrufbares Nachverfolgungssystem für Genehmigungsverfahren, welches im Ablauf vergleichbar mit dem Paketversand ist.

7_ Einsatz direktdemokratischer Instrumente

Sofern Konflikte in Streitfragen auftauchen, soll eine verstärkte Inanspruchnahme direktdemokratischer Instrumente für Betroffene auf Quartiersebene erfolgen.

8_ Selbstgemachte Stadt im Studium und Arbeitsalltag

Berücksichtigung der Thematik der „selbstgemachten Stadt“ und daraus resultierenden Konflikten, sowohl in den Planungsstudiengängen als auch in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Praktiker.

9_ „Selbstgemachte-Stadt-Fonds“ (SGS-Fonds)

Einführung eines Selbstgemachte-Stadt-Fonds – angelehnt an den bestehenden Verfügungsfonds – als Instrument der Städtebauförderung.

Ein neues Instrument: Der „Selbstgemachte-Stadt-Fonds“

Dem „Selbstgemachte-Stadt-Fonds“ (SGS-Fonds) liegt die Grundintention des im Rahmen der Städtebauförderung bereits etablierten Verfügungsfonds zugrunde. Dieser kommt in Stadtquartieren zur Anwendung, die Bestandteile eines Städtebauförderprogramms sind (vorwiegend in Gebieten der Sozialen Stadt und der Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren). Mit Budgets, die aus Mitteln der Städtebauförderung sowie privaten Mitteln bestehen, werden Akteure (Bewohnerschaft, Gewerbetreibende, Vereine etc.) zur Durchführung eigener Projekte und Maßnahmen angeregt. Potentielle Konfliktfelder, welche bei Selbstgemachte-Stadt-Projekten auftauchen können, finden Anklang im „SGS-Fonds“, so dass eine Anpassung und Weiterentwicklung der bestehenden Programmatik des Verfügungsfonds als sinnvoll erscheint. Mit dem „SGS-Fonds“ lässt sich die gemeinschaftliche Basis stärken. Er ist damit als Investition in das Sozialkapital eines Stadt- oder Ortsteils zu werten.

Entscheidungsgremium

Dieses Gremium trifft die Entscheidung zur Förderung einzelner Projekte oder Initiativen selbstgemachter Stadt, indem es über die Verteilung von entsprechenden Fördermitteln aus dem „SGS-Fonds“ entscheidet. Dabei kann es sich um Anschubfinanzierung oder längerfristige Finanzierungsoptionen handeln. Das Gremium tagt temporär und besteht nicht aus einer festen Mitgliederkonstellation. Organisiert wird es durch den „SGS-Beauftragten“ (siehe Forderungskatalog), der die Geschäftsführung übernimmt, jedoch kein besonderes Stimmrecht innehat.

Empfänger/Antragssteller

Eine Förderung können einzelne engagierte Akteure oder Akteursgruppen beantragen.

Kriterien/Förderfähigkeit

Die Beurteilung zur Förderfähigkeit liegt in erster Linie in den Händen des Entscheidungsgremiums.

Ziele

Primäres Ziel ist die monetäre Förderung von Initiativen und Projekten der selbstgemachten Stadt. Ziel ist eine stärkere Thematisierung und Honorierung des gesellschaftspolitischen Wertes von Engagement für bzw. in der Stadtentwicklung.

Finanzierung

Der „SGS-Fonds“ soll neben Mitteln von Bund, Ländern und Gemeinden (analog zur Städtebauförderung) auch zu 50 % durch private Mittel finanziert werden. Diese sollen aus der Gemeinde, dem Stadt- oder Ortsteil bzw. dem Quartier selbst generiert werden. Dadurch lässt sich auch eine verstärkte lokale Identifikation fördern.

Kommentar von Markus Bader



Wo stört formalisierte Planung die selbstgemachte Stadt? Und wo kann/sollte sie sie unterstützen?

Ich weigere mich von „der Planung“ zu sprechen, da Planung immer von Akteuren betrieben wird. Sprechen wir also von „den Planenden“. Weiterhin möchte ich die „selbstgemachte Stadt“ subjektivieren. Auch hier sind es die Handelnden, zumeist die Bewohner und Nutzer einer Stadt, die etwas tun, die nicht nur Wünsche äußern, sondern – das will das „selbstgemacht“ sagen – die auch die Grenze zum Machen überschreiten und selbst in die städtische Wirklichkeit eingreifen, um ihre Stadt selbst mitzugestalten. Die

Grundfrage zwischen diesen beiden Parteien ist die Vertrauensfrage. Die Planenden haben wenig Erfahrung im Umgang mit heterogenen Teilgesellschaften. Mit dem Argument für die vielen nicht Artikulierten zu sprechen, reklamieren Planende die Herrschaft über die Gestaltung von Verfahren, Zeitläufen und Gesprächsangeboten für sich. Dies führt unumgänglich zu Konflikten mit den Stadtgestaltern, die nicht auf eine Ansprache von den Planenden warten, sondern bereits einen Schritt weiter sind. Ihre Projekte haben schon konkrete Formen und erweitern das, was wir Stadt nennen, durch Vielfalt und Mitmachangebote. Sie erwarten von den Planenden als lokale Experten ernst genommen und in diskursive Prozesse bei der konkreten Gestaltung ihrer Lebensumgebung einbezogen zu werden. Auf die Planenden kommt damit die Aufgabe zu, sich selbst von formalisierten Partizipationsverfahren zu lösen und flexibler zu agieren. Sie müssen tragfähige Formate entwickeln, in denen das Engagement der Stadtgestalter eine Wirkungsperspektive über das Direkte und Kurzfristige hinaus ins Mittel- und Langfristige bekommt.

„Neue Anforderungen an Planung ...“

Ein Gespräch zur selbstgemachten Stadt

Wie beurteilen Sie das Zukunftspotenzial des Themas „Die selbstgemachte Stadt“?

Dietrich Henckel: In dem Maße wie sich der Staat aus vielen Aufgaben zurückzieht oder sie gar nicht erst aufgreift, ist die Frage wie Bürger ihre Umgebung gestalten, eine ganz entscheidende. Man muss davon ausgehen, dass öffentliche Ressourcen zur Gestaltung des öffentlichen Raums eher abnehmen werden. Deshalb sehe ich die selbstgemachte Stadt als ein wichtiges Thema, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Wenn Bürger kommunale Aufgaben übernehmen, müssen Planer das weiterhin ordnen und rahmen.

Daniela Karow-Kluge: Ja, das sehe ich auch so. Die politisch-wirtschaftliche Situation ist eine andere als noch vor 30 Jahren. Wir stehen bei der Reflexion des Selbstgemachten sicherlich noch am Anfang. Obwohl unsere studentischen Arbeiten gezeigt haben, dass es selbstgemachte Projekte schon in den letzten Jahrhunderten gab und sie somit nichts Neues sind. Aber die Komplexität unserer Gesellschaft hat sich verändert und dadurch auch die Komplexität und Diversität der Planung. Die formelle Planung hängt dem noch hinterher.

Christa Reicher: Ich finde, dass das Thema des Selbstmachens und Selbstgestaltens eine besondere Relevanz hat, wenn man den Blick auf Alltagsqualität richtet. Also nicht auf theoretisch designte Qualität, sondern auf die alltägliche Lebensqualität, die durch den Mikrokosmos der Lebenswelt beeinflusst wird. Und hier spielt insbesondere die Tatsache Einfluss nehmen und selbst gestalten zu können, eine ganz große Rolle.

Pascale Kaell: Eben weil selbstgemachte Projekte in diesem Mikrokosmos wirken, können sie auch schneller auf die Defizite an einem Ort und auf den Wandel unserer Gesellschaft reagieren. Die formelle Planung ist oft träge. Die selbstgemachten Projekte springen dann ein und die Menschen sehen direkt, dass etwas passiert. Darin sehe ich ein großes Potential der selbstgemachten Stadt.

Stephan Willinger: Ein weiterer Vorteil von selbstgemachten Projekten ist, dass es sich nicht um „Wutbürger“ handelt oder um Leute, die zu einer Bürgerbeteiligung gehen und nur sagen, wie sie es nicht wollen. Sondern es sind Personen, die konstruktiv ihre Ideen umsetzen und nicht nur meckern. Aufgrund dieser schönen Wendung interessiert mich das Thema mehr als die x-te ausgefallene Bürgerbeteiligungsmethode. Bei den

Arbeiten der Studierenden wurde außerdem deutlich, welch großes Spektrum die selbstgemachten Projekte umfassen – vom Dorfladen bis zur Energiegenossenschaft werden ganze Infrastruktursysteme bürgerschaftlich getragen. Wenn dann der Planer sagt, dass das außerhalb seines Interesses liegt, verschenkt er viel Potential.

Hat selbstgemachte Stadt immer etwas mit Widerstand gegen Bestehendes zu tun?

Susanne Thomaier: Ich glaube es kommt darauf an, wie man den Begriff Widerstand definiert. Wenn man ihn im Sinne von Reaktionen auf Defizite sieht oder als ein Bedürfnis, das nicht befriedigt wird, ist es bestimmt oft der Fall. Da kann man von Widerstand gegen eine Situation, mit der jemand unzufrieden ist, sprechen.

Pascale Kaell: Ich glaube, dass der Begriff des Widerstands immer vom Kontext des Projektes abhängig ist. Wenn sich Bürger um öffentliche Grünanlagen kümmern, ist es möglich, dass die Stadt dankbar dafür ist, weil sie dadurch entlastet wird. Möchten die Bürger jedoch eine Brachfläche nutzen, mit der die Stadt etwas anderes vorhat, dann wird dies als Widerstand empfunden und es entstehen Interessenskonflikte.

Christa Reicher: Vielleicht haben selbstgemachte Projekte auch etwas mit dem Gestaltungswillen der Bürger zu tun, also dem Wunsch, Einfluss auf die Gestaltung der Architekten und Planer zu nehmen und ihre eigenen Vorstellungen – trotz politischen Widerstandes – umzusetzen.

Daniela Karow-Kluge: Ja, deswegen denke ich, dass selbstgemachte Projekte auch die Ausdifferenzierung der Lebensstile und den Wunsch nach Selbstbestimmung und Eigengestaltung widerspiegeln. Manchmal nutzen Projekte auch einfach brachliegende Potentiale, bei denen die formelle





Die selbstgemachte Stadt

Planung zu träge oder nicht experimentierfreudig genug reagiert.

Wie ist das Verhältnis zwischen Aktivitäten des Selbermachens und der traditionellen Stadtplanung?

Pascale Kaell: Ich glaube, dass wir uns momentan in einer Phase der „Duldung“ befinden. Einige Städte erkennen zwar das Potenzial der selbstgemachten Projekte, aber die meisten Projekte können nur funktionieren, weil die Städte nicht genauer hinschauen. Dennoch scheitern viele Projekte, die sich verstetigen möchten an der rechtlichen Lage, die oft nicht genau geklärt ist. In Zukunft müssen sich beiden Seiten hier noch annähern, damit die Projekte langfristig abgesichert werden können.

Stephan Willinger: Ich beobachte im Moment das Entstehen neuer Dynamiken, die durch moderne Kommunikationstechnologien hervorgerufen werden. In der Nationalen Stadtentwicklungspolitik betreuen wir aktuell zwei Crowdfunding-Projekte, bei denen Stadtentwicklungsprojekte auf alternative Weise finanziert werden sollen.

Pascale Kaell: Das passt zu den „Wutbürgern“, von denen momentan oft gesprochen wird. Man sollte diese nicht als Risikofaktor für Projekte einkalkulieren und versuchen, deren Konfliktpotential zu minimieren. Die Planung muss sich eher fragen, was falsch gelaufen ist, wenn ein großer Teil der Menschen vor Ort gegen ein Projekt ist und sollte das als ein Potential erkennen. Für mich ist auch der Zeitaspekt relevant.

ist, wenn Projekte nach zwei oder drei Jahren wieder verschwinden.

Christa Reicher: Im Zusammenhang mit selbstgemachten Projekten reden wir oft über alt oder neu, über das traditionelle Planen oder das experimentelle Ausprobieren. Ich bin der Meinung, dass dies eine falsche Zuordnung und Wahrnehmung ist. Was soll denn das „Alte“ sein? Ist der Gestaltungswille der Architekten – möglicherweise in Verbindung mit einem Masterplan – das „Alte“, also die traditionelle Vorgehensweise? Ist es das Selbermachen, also das Einlassen auf Experimente, deren Ausgang offen ist und die einer intuitiven Vorstellung von einer ansprechenden Lebenswelt folgen? Oder bedeutet es nicht einfach, dass wir dieses „Alt“ und „Neu“ in Balance bringen müssen. Beides hat in gewisser Art und Weise immer nebeneinander existiert, und es geht jetzt darum, zu sehen, wie beides, also tradierte Planungsmuster und individuelles Ausprobieren miteinander verschränkt werden können.

Dietrich Henckel: Ich glaube auch, dass es nicht um das Alte oder Neue geht, sondern dass verschiedene Dinge zusammen kommen. Zum Einen ist da das gestiegene Selbstbewusstsein der Bürger, die an Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gewöhnt sind, sich nun ihre Rechte nehmen und einfach machen. Zum Anderen nehmen die Bürger es nicht mehr hin, dass der Staat oder die Planung sich nicht um Missstände in ihrer alltäglichen Lebensumgebung kümmert. Mittlerweile ist es fast schon selbstverständlich, dass Bürger solche

Viele Projekte sind direkte Reaktionen auf Defizite, die in dieser Weise in 20 Jahren möglicherweise nicht mehr angebracht sind. Dabei stellt sich die Frage, wie wichtig die Langlebigkeit von Projekten ist oder ob es in Ordnung

Lücken wahrnehmen und selbst ausfüllen.

Stephan Willinger: Ich sehe eine Konfliktlinie darin, dass die selbstgemachte Stadt nicht unbedingt gleichbedeutend mit dem Gemeinwohl sein muss, wie man es auch in den studentischen Arbeiten sehen kann. Wir finden diese Projekte zwar schön, weil sie die Stadt lebendiger machen, aber es handelt sich hier auch um Verwirklichungen eigenständiger Nutzungsinteressen, die aufeinander prallen und durchaus Konflikte hervorrufen können. Deshalb befinden wir uns in einer ungewohnten Situation, die neue Anforderungen an die Planung stellt. Eigentlich will man Möglichkeitsräume eröffnen und Eigenverantwortung fördern, andererseits muss man diese Konflikte auch antizipieren und lösen. Aber welche Governancemodelle oder auch Aushandlungsprozesse das bedeutet, wissen wir noch nicht.

Spielt das Thema bereits eine Rolle in der Hochschullehre? Welche Aspekte des Themas sind für die Planerausbildung besonders relevant?

Susanne Thomaier: Ich glaube, dass das von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlich ist. Für uns war das Thema nicht sehr außergewöhnlich und hat sich gut in die Themen, die wir generell bearbeiten, eingepasst. Es wurde vorhin das große Spektrum der selbstgemachten Projekte angesprochen. Damit verbunden sind sehr unterschiedliche Prozesse, innerhalb derer die Planer und auch Studierenden ihr Wissen auf unterschiedliche Weisen anwenden können und müssen. Je nach Projekt und Kontext kommt es mal mehr auf das Verständnis von Akteurskonstellationen und Organisationsmodellen an oder es stehen planungsrechtliche Fragen im Vordergrund.

Christa Reicher: In der Reflexion unseres Seminars stehe ich der Thematik etwas zwiesgespalten gegenüber. Einerseits wurde die Arbeit der Studierenden im Rahmen eines Wettbewerbes ausgezeichnet – als Anerkennung für ihre intensive Einbeziehung von Laien und Akteuren. Auf der anderen Seite gab es von den Studierenden selbst den Wunsch, stärker gestalterisches Knowhow zu erlernen sowie Moderation und Gestaltung

miteinander zu verbinden. Ich habe noch zu keinem Zeitpunkt diese Schere zwischen den Standpunkten der Architekten und der Planer so stark gespürt, wie sie im Augenblick ist. Aktuell werden Forderungen nach einem herrschaftlichen und autoritären Planungsstil erhoben, die sich mit den Ideen der selbstgemachten Stadt nicht ohne weiteres vertragen. Wir befinden uns im Moment in einer Diskussion, die nahezu den Eindruck eines Glaubenskriegs erweckt. Während die Einen sich nach einer Lehre sehnen, die den klassischen Stadtbaumeister ausbildet, der den goldenen Schnitt beherrscht, so dass am Schluss eine schöne Stadt rauskommt, fordern die Anderen: „Lass uns die urbanen Initiativen stärken und hieraus neue Wege zu lebendigen Stadtquartieren erproben.“ Letzten Endes geht es um einen Führungsanspruch, nämlich darum, wer die richtige Strategie hat, um eine attraktive Stadt oder ein gutes Quartier zu entwickeln. Ich glaube es ist falsch, diese Art des Führungsanspruches zu erheben. Nur durch die Zusammenführung der unterschiedlichen Sichtweisen kann eine lebendige Stadt befördert werden.

Dietrich Henckel: Ich nehme diese Diskussion in Berlin nicht so wahr. Obwohl die Reform unseres Studiengangs im Grunde auch wieder in diese gestalterische und formellere Richtung deutet. Meine Perspektive darauf ist eine ziemlich andere. Ich finde es wichtig, dass sich Planer in der Ausbildung nicht dagegen verschließen, dass solche Bürgerinitiativen entstehen und dass sie versuchen, damit umzugehen. Das hat dann mit gestalterischer Arbeit der Studierenden oder formeller Planung nichts zu tun. Ich möchte auch die Formulierung „Glaubenskriege“ aufgreifen, die nie eine Lösung darstellen können. Meines Erachtens handelt es sich nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch.

Pascale Kaell: Ich bin selbst Studentin und bin mit der Kritik der Studierenden, die Sie vorhin angesprochen haben, nicht einverstanden. Der Bachelor sollte viel Input geben und gestalterisches Knowhow vermitteln. Der Master hingegen muss eher genutzt werden, um das Gelernte auf verschiedene Arten anzuwenden und zu erkennen, dass es nicht

einen festen Weg gibt, sondern verschiedene Richtungen und Formen.

Daniela Karow-Kluge: Auch ich spüre diese starken Konflikte, die im Moment zwischen „den Planern“ und „den Architekten“ auftreten, wie man sie zum Beispiel auch bei der Diskussion um die Kölner Erklärung sehen kann. Bei uns in der Hochschullehre ist das Thema der selbstgemachten Stadt noch nicht richtig angekommen und ich glaube, dass wir es in Zukunft unbedingt stärker diskutieren sollten.

Stephan Willinger: Auch auf Bundesebene wird die Diskussion mit großem Interesse wahrgenommen. Aus meiner Sicht entsteht Qualität genau in diesem Austausch von Argumenten, im Ringen um differenzierte Urteile und passende Instrumente. Die Rolle der Zivilgesellschaft im Planungsprozess neu wahrzunehmen und zu stärken ist dabei sicher nicht falsch.

Dietrich Henckel: Im Grunde liefert auch dieses Projekt einen wichtigen Beitrag zu diesem Austausch verschiedener Argumentationen und „Schulen“. Wie in den vorherigen Jahren bin ich wieder über die Vielfalt überrascht, die durch die unterschiedlichen Perspektiven der Hochschulen entstanden ist. Obwohl man bereits in der eigenen Hochschule durch die Studierenden unterschiedliche thematische Zugänge aufnimmt, wird diese Vielfalt erst in dem Zusammentreffen der einzelnen Hochschulen so richtig deutlich. Plötzlich merkt man, dass zum Beispiel die Aachener oder die Dortmunder ganz andere Diskussionen führen und sich dem gemeinsamen Thema in anderer Weise nähern. Dadurch ergeben sich Weiterungen, auf die man persönlich nicht gekommen ist. Das ist für mich das unglaublich Reizvolle und immer wieder neu Überraschende an diesen Hochschulkooperationen.

Wo besteht weiterer Forschungsbedarf?

Christa Reicher: Mich interessiert bei dieser Thematik besonders der Aspekt der Maßstabsebenen und die Frage, inwieweit diese relevant sind für selbstgemachte Projekte. Funktionieren die selbstgemachten

Projekte nur in einem Mikromaßstab oder können sie auch auf der Makroebene Bestand haben, bei der der individuelle Bezug ein ganz anderer ist? Dabei stellt sich auch die Frage, wie individuell geprägt und wie spezifisch das Selbstgemachte ist, also letzten Endes, wie maßgeschneidert es ist. Denn dieser Aspekt ist besonders relevant für die Verstetigung und Übertragbarkeit von Erkenntnissen.

Stephan Willinger: Für mich ist eine weitere Ausdifferenzierung von Bedeutung: Was wollen diese selbstgemachten Projekte erreichen? Welchen Nutzen haben sie für die Stadt? Was bedeuten sie für das Gemeinwohl? Unter welchen Umständen können sie existieren und unter welchen nicht? Diese Fragen sind noch längst nicht ausdiskutiert.

Susanne Thomaier: Darüber hinaus finde ich das Zusammenspiel zwischen formalisierten und informellen Verfahren spannend, wie wir sie zum Beispiel bei dem Holzmarkt-Projekt in Berlin beobachten können. Dort vermischen sich formelle Aspekte und unternehmerische Aktivitäten, wie der offizielle Verkaufsprozess in einem Bieterverfahren, mit selbstgemachten Entwicklungen, zum Beispiel der Umsetzung der einzelnen Gebäude in Selbstbauweise. Ähnliches können wir bei den Pioniernutzungen am Tempelhofer Feld sehen. Daraus zu lernen und zu überprüfen, was dabei funktioniert und was nicht sowie welche Erkenntnisse man daraus für künftige Planungsprozesse ziehen kann, finde ich besonders wichtig.



Raus aus dem Hörsaal, rein in die Stadt!

Können Hochschulen einen Beitrag zur lokalen Stadtentwicklung leisten, der über das ephemere Auftauchen von Studenten anlässlich eines Seminars hinausgeht? Einige Beispiele zeigen im Folgenden, wie eine strategische Annäherung zwischen Lehre und Praxis aussehen kann. Bedingung dafür sind Partner, die bereit sind, routiniertes Verhalten abzulegen und neue Wege zu gehen.



Stadt als Campus

„Stadt als Campus“ begann mit diesem Ansatz als Aktionsforschungsprojekt, 2010 bis 2012 gefördert durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik und das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, initiiert vom campus.office der Hochschule Anhalt, Prof. Reiner Schmidt, in Partnerschaft mit Sally Below, sbca, Berlin und Klaus Habermann-Nieße, plan zwei, Hannover. Ziel war es, Stadt und Region zu einem Experimentierfeld für neue Formate und für neue Partnerschaften in der Stadtentwicklung werden zu lassen. Fünf Impulsprojekte in Bernburg, Dessau-Roßlau, Merseburg, Helmstedt und Braunschweig erarbeiteten Strategien für ihre Stadt. Dabei entstanden neue Partnerschaften zwischen Hochschule, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft, Immobilienwirtschaft und Initiativen. Was alle eint, ist das gemeinsame Bild des Campus als ein Feld des Lernens und des Lehrens und als ein Arbeitsfeld in der Stadt. Dabei ist der berufliche Nachwuchs stets wichtiger Partner und Motor. Die Projekte sind konkret und handlungsorientiert, mit sichtbarem und erlebbarem Output sowie mit dem Anspruch, eigendynamische Stadtentwicklungsprozesse zu befördern und zivilgesellschaftliche Potenziale zu heben. In diesem Sinne werden Strategien unmittelbar an der Situation entwickelt. Die theoretische Projektentwicklung geht immer in konkrete Handlungen über, die gemeinsam beobachtet und ausgewertet werden, zu weiterführenden Impulsen führen, die neue Aktionen anstoßen: Learning by Doing, Probehandeln, Living Lab, Inszenierung, Club,

Galerie, Salon, Bühne, Werkstatt. Hier geht es um das Experiment im Hochschul-, Schul- und Behördenalltag, erst einmal ohne zusätzliche investive Mittel. Diese Aktivitäten waren mit Ende der Projektförderung nicht abgeschlossen, sie verstetigten sich – in ganz unterschiedlichen Konstellationen. Die Initiatoren bauten ein bundesweites Netzwerk auf, das sich in Konferenzen und auf kurzem Wege über die Erfahrungen an den unterschiedlichen Standorten austauscht. Ein Verein wurde gegründet, der dieses Netzwerk koordiniert und neue Projekte anstößt. Und in den Städten entstanden Modelle für eine neue Art von gemeinsamer Arbeit an der Stadt: In Dessau gibt es den VorOrt-Laden und das VorOrt-Haus. In Bernburg aktiviert der campus.club die Innenstadt, und Studierende und Verwaltung arbeiten

bei der Entwicklung des INSEK und anderen Projekten der Stadtentwicklung zusammen. In Helmstedt ist mit dem Pferdeshall – ganz ohne Hochschule – ein generationenübergreifender Veranstaltungsort mit Arbeitsplätzen und vielfältigem Angebot, organisiert als Clubmodell auf Spendenbasis, entstanden. In Merseburg wurde eine ehemalige Apotheke eines privaten Eigentümers zu einem von Studierenden dauerhaft verwalteten Wohn- und Kulturhaus. Und in Braunschweig-Wolfenbüttel sollen unter dem Dach „Region als Campus“ Kräfte und Initiativen gebündelt werden. Gerade für Gemeinden und Regionen abseits der sogenannten Kreativmetropolen besteht die Chance, auf diesem Wege neue Attraktivität zu gewinnen. Die Erfahrungen von Stadt als Campus waren und sind ermutigend und teilweise überraschend. Es entstanden neue Stadt-Orte, lokale Allianzen und kommunale Strategien, die zum Teil weit über die üblichen Konstellationen hinausgehen.



Im November 2014 erscheint das Buch:
Auf dem Weg zur STADT ALS CAMPUS
Hrsg. Sally Below, Reiner Schmidt



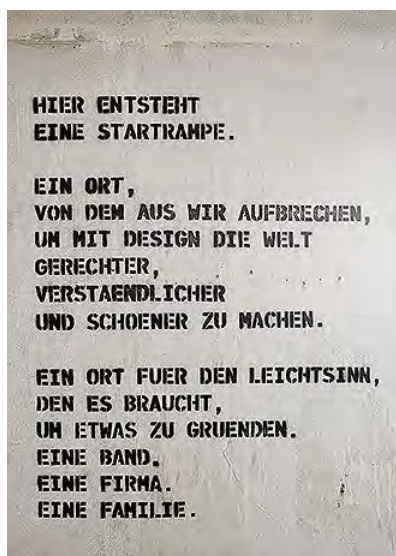
Weitere Informationen unter:
www.stadt-als-campus.de

VorOrt in Dessau



Der Vorstand des Vereins VorOrt e. V.

So auch in Dessau: Das VorOrt-Projekt ist eine studentische Initiative der gestaltenden Fachbereiche der Hochschule Anhalt. Nach einer Initialzündung als temporäre Intervention hat sich dort mit dem VorOrt-Laden ein Forum und eine offene Plattform für den Dialog zwischen studentischen Szenen und engagierten Dessauer Stadtmachern etabliert, direkt gegenüber dem Rathaus. Hier gestalten die Studierenden die Stadt mit, organisieren Ausstellungen, Lesungen, Konzerte und Gesprächsrunden.



Seit 2012 gibt es darüber hinaus das VorOrt-Haus. Was fehlt den Studierenden in Dessau-Roßlau? Aus dieser Frage heraus wurden die Räume einer lange leerstehenden Immobilie erobert und qualifiziert. Es entstanden eine Küche, eine Bibliothek, ein Speiseraum mit Bar, ein Designshop, ein Nachbarschaftsgar-

ten, ein Coworking-Space und nicht zuletzt: ein Designbüro. Jüngere Semester können durch gemeinsame Projekte von höheren Semestern lernen, und inzwischen kommen auch die Nachbarn zur Nutzung der Räume. Aus Gedankenspielen wurde Wirklichkeit, ein Nebenjob, eine sinnvolle Aufgabe, eine berufliche Perspektive – vor Ort. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Hochschule vereinbart außerdem, dass die Vertragspartner auf dem Gebiet der Kreativwirtschaftsförderung, der Stadtentwicklung, des Stadtmarketings und der Tourismusförderung zusammenarbeiten. Aus dem VorOrt-Projekt haben sich 2014 die VorOrt-Pioniere entwickelt, die als Jugend.Stadt.Labor im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes bis 2016 die Möglichkeiten der Mitwirkung junger Menschen an der Stadtentwicklung erforschen. VorOrt hat den Campus in die Stadt hinein erweitert und so den Hochschulalltag und die Stadt facettenreicher gemacht.

”

In der Stadt stehen viele Gebäude leer, auf dem Campus ist das Raumangebot begrenzt. Die Innenstadt ist geprägt von alten Menschen, der Campus von jungen. Warum also nicht den Campus in die Stadt hinein verlängern – zwischen Lernort und (potenziellem) Wohnort der Studierenden? Das touristische Angebot, das Studierende (im Rahmen von Nebenjobs) auf die Beine stellen, reicht vom Fahrradverleih über den Design-Shop bis zu alternativen Stadtführungen. Die Stiftung Bauhaus vertreibt ihre Merchandising-Produkte. Die Markenentwicklung und das Packaging entwerfen die Studierenden. Prof. Brigitte Hartwig

“



Präsentation der Projekte im Bauhaus

Planungslabor Urban Research and Design Laboratory



Runder Tisch- Wissensaustausch im "Peer-Learning" zwischen Studierenden und Kooperationspartnern. In einem Learning Dialogue werden Forschungsergebnisse aus der Projektarbeit diskutiert.



Vor-Ort-Labor: Durch räumliche Interventionen werden Forschungsergebnisse im Planungsgebiet erprobt.

Als Studienreformprojekt der Technischen Universität Berlin stärkt das Planungslabor über dialogische Arbeitsformate den Praxisbezug von Lehre und Forschung in der Ausbildung zukünftiger Stadtplaner, Städtebauer und Architekten. Durch studienfachübergreifende Projektarbeit und fallstudienbasierte sowie handlungsorientierte Arbeitsweise mit sämtlichen an den Planungsvorhaben beteiligten Akteuren wird Studierenden verschiedener Planungsdisziplinen die Möglichkeit eröffnet, sich mit der Komplexität ihrer zukünftigen Aufgaben zu beschäftigen und dabei gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zur Erforschung und Entwicklung von Ansätzen für die partizipative Gestaltung des urbanen Raums zu leisten. Im Anschluss an die Beschäftigung mit unterschiedlichen Quartiersentwicklungen in Berlin arbeitet das Planungslabor derzeit zusammen mit der Wüstenrot Stiftung im Rahmen eines Forschungs- und Lehrprojektes an Fragen zum Wandel der Planungskultur in Deutschland. Thematisiert wird auch die Bedeutung des Ephemereren – temporärer und improvisierter Projekte und Prozesse – in der aktuellen Stadtentwicklung. Anhand von Fallstudien zu Berlin, Leipzig und Mannheim werden die Potenziale und Grenzen für die Planung und Gestaltung städtischer Räume recherchiert.



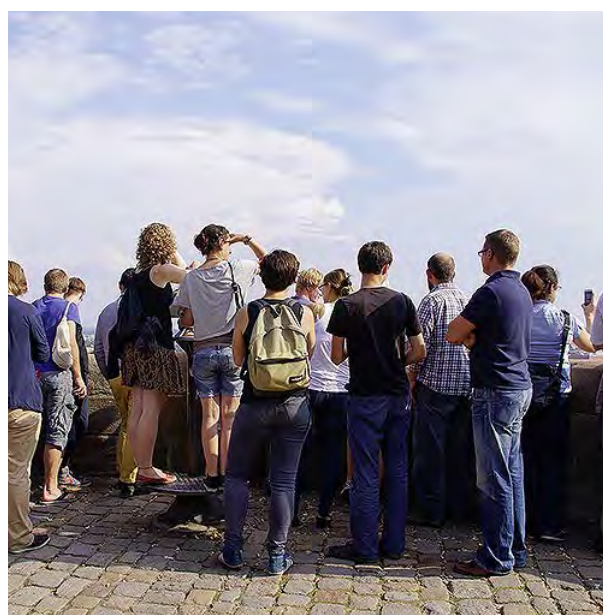
Mehr unter: <http://ulab.architektur.tu-berlin.de>

Das Planungslabor ist ein Labelprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

koopstadt Campus

koopstadt Campus möchte neue Wege in der Wissenschafts-Praxis-Kooperation im Bereich der universitären Lehre beschreiten. Das Projekt koopstadt, in dem sich die Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg in verschiedenen Stadtentwicklungsbereichen begleiten, greift grundsätzliche didaktische Motive auf: das Lernen im Vergleich sowie den Erkenntnisgewinn durch praktische Kooperation. Darüber hinaus veranschaulicht es die Umsetzung der Ergebnisse solcher Zusammenarbeit. In diesem Lernumfeld bot es sich an, die Arbeit der kooperierenden Städte mit einem Studierendenprojekt zu begleiten. „koopstadt Campus“ wird an der TU Darmstadt koordiniert, ermöglicht jedoch die Teilnahme aller deutscher Universitäten mit Städtebau- und Raumplanungslehrstühlen. Als Pilotprojekt in diesem NSP-geförderten Angebot fand im September 2014 eine Sommerschule zum Themenrahmen „Stadtentwicklung und Wohnen“ statt. Unter Einbeziehung von Experten und Akteuren vor Ort wurden die Perspektiven und Herausforderungen der drei Städte erarbeitet und miteinander in Kontext gesetzt. Die Ergebnisse werden einer Fachöffentlichkeit in den koopstadt-Gremien und auf dem Hochschultag präsentiert.

koopstadt ist ein Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.



Studierende erforschen die Nürnberger Wohnungsmärkte



Eine „Öffentliche Gestaltungsberatung“ in St. Pauli

Im Hamburger Stadtteil St. Pauli wird abgerissen und gebaut, die Mieten steigen rasant, Wohnungen werden in Eigentum umgewandelt, das lokale Gewerbe verändert sich und die häufig einkommensschwache Bevölkerung kann sich den Stadtteil immer weniger leisten. Zu beobachten sind auch die Folgen dieser mit Verdrängung einhergehenden Aufwertung: das Zerreißen gewachsener sozialer Netze, das Verschwinden urbaner Vielfalt und einer lebendigen Nachbarschaft.

Kann Design zu einer besseren und anderen Stadt beitragen? Kann es mehr sein als ein Differenzierungsmerkmal im Städte-wettbewerb, ein Werkzeug segregierender Stadtentwicklung? Bereits im dritten Jahr erproben die Studierenden des Studios Experimentelles Design von Prof. Jesko Fezer an der Hochschule für Bildende Künste (HFBK) Hamburg gemeinsam mit der GWA St. Pauli mit einer wöchentlichen „Öffentlichen Gestaltungsberatung“. Bewohner des Stadtteils erhalten dort kostenlose Unterstützung bei der Erforschung und Lösung von Alltagsproblemen.¹ Die Öffentliche Gestaltungsberatung bietet die Werkzeuge, die Techniken und das Wissen des Designs an, um im städtischen Kontext zu problemorientierter gestalterischer Selbsttätigkeit anzuregen und die Stadt und die Dinge in ihr gemeinsam zu entwerfen. So wird Menschen, die es sich sonst nicht leisten könnten, professionelle Gestalter zu beauftragen, mit der Gestaltungsberatung kostenlose Unterstützung in Planungs- und Gestaltungsfragen angeboten. Gemeinsam werden Probleme untersucht, Lösungsstrategien entwickelt und Projekte umgesetzt.

Stadtplanung ist unsichtbar: die illegale Treppe

Marcus kam zur Gestaltungsberatung nachdem die Hausverwaltung seine hübsche selbstgebaute Treppe vom Balkon in den Garten bemängelt hatte und ihn aufforderte diese zu entfernen. Zunächst stellten wurde eine Recherche über die Rechtslage



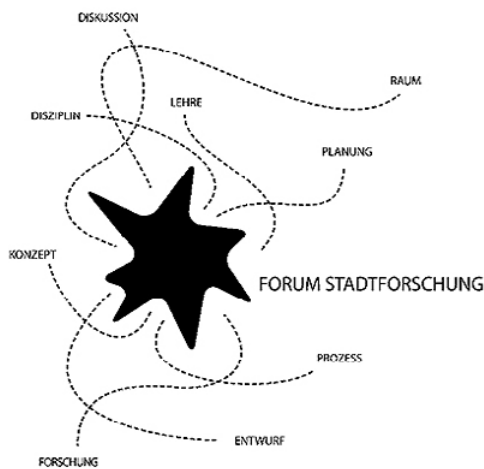
Kann diese Treppe böse sein?

und Bauvorschriften zu Außentreppe erstellt. Später erhielt Marcus dann einen Katalog mit beispielhaften Möglichkeiten, die drei verschiedene Lösungsansätze verfolgen: Entweder eine Treppe, die tatsächlich den Vorschriften entspricht oder eine mobile Treppe, die damit nicht der DIN entsprechen muss ... oder aber eine Treppe, die gar keine

Treppe ist (sondern z. B. ein Blumentopf oder eine Bank oder Gartenzwerge) und so die Vorschriften umgeht. Mit der Öffentlichen Gestaltungsberatung bieten die Studierenden eine Form moderner Nachbarschaftshilfe an. Ob Garten, Lokal oder Keller – die rund 20 Studenten – darunter gelernte Tischler, Grafiker oder Innenarchitekten – erarbeiten gemeinsam mit ihren Klienten kreative Ideen für jeden Lebensraum. Rund 30 Projekte haben die studentischen Heizeilmännchen in den vergangenen Jahren bereits betreut. Derzeit tüfteln sie an der Bühnengestaltung für ein Off-Theater und an der Lösung für ein „Pinkel-Problem“ in einer Seitenstraße auf St. Pauli. Der Vorteil für die Studenten: Sie können Theorie und Praxis miteinander verbinden, selbständig eigene Projekte betreuen, Kommunikation trainieren – und sich diese in Creditpoints sogar für ihr Studium anrechnen lassen. „Natürlich geht es dabei auch um neue Wege der Partizipation“, sagt Steffen Jörg von der GWA St. Pauli. Er legt Wert darauf, dass die Öffentliche Gestaltungsberatung eine niedrigschwellige Anlaufstation für alle Anwohner aus dem Viertel ist. „Wir wollen die Menschen ermutigen, sich selbst zu ermächtigen und gemeinsam etwas in die Hand zu nehmen – im privaten wie auch im öffentlichen Raum.“

¹ Die Öffentliche Gestaltungsberatung war ein Baustein von „St. Pauli selber machen“, einem Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Forum Stadtforschung



Offenes Atelier (in Weimar)

Seit 2010 vernetzt das „Forum Stadtforschung“ Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie freiberuflich Tätige im Bereich der Stadtforschung. Unabhängig von Institutionen und Verbänden schaffen Interessierte hier selbstorganisiert einen Rahmen, um den Austausch über Forschungsthemen ebenso zu ermöglichen wie die Diskussion über den wissenschaftlichen Alltag. Das Forum Stadtforschung bietet in unverkrampfter Atmosphäre eine Plattform für die verschiedenen fachlichen, inter-, trans- oder postdisziplinären Perspektiven der Stadtforschung. Seine Mitglieder kommen aus verschiedenen Disziplinen: Neben der Stadt- und Raumplanung sind vor allem Geographie, Soziologie und Architektur stark vertreten, aber auch andere Fächer wie Geschichtswissenschaften oder Volkswirtschaftslehre. Bei den jährlich stattfindenden und örtlich wechselnden Treffen werden in inhaltlichen „Ateliers“ fachliche Themen wie Lebensqualität, Experimente in der Stadtentwicklung, Kultur oder Kreativwirtschaft diskutiert. Die Treffen bieten immer auch Raum für Themen des Arbeitsalltags – didaktische Ansätze werden ebenso besprochen wie Forschungsmethoden oder berufliche Perspektiven. Eine regelmäßige Arbeitsgruppe engagiert sich für die Weiterentwicklung des Hochschultages der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aus der Sicht des akademischen Mittelbaus. Für den weiteren Austausch neben diesen Treffen sorgen ein Newsletter und natürlich die gewonnenen persönlichen Kontakte.



Die Protokolle der Treffen, die bisher in Dortmund (2011), Kassel (Perspektiven der Stadtforschung, 2012), Weimar (Lebensqualität, 2012), Hamburg (Stadttraum testen, 2013) und Magdeburg (kultur macht stadt, 2014) stattfanden, werden unter: www.forum-stadtforschung.net veröffentlicht.

Hochschuldialog auch zwischen Studierenden

Der Bundesfachschaftsrat für Stadt- und Raumplanung (BFSR) ist ein Zusammenschluss der Fachschaften der Vollstudiengänge der räumlichen Planung im deutschsprachigen Raum. Vier Mal jährlich treffen sich die gewählten VertreterInnen der elf beteiligten Fachschaften zum Austausch und zur Abstimmung über hochschulpolitische und fachbezogene Themen und Probleme. Der Bundesfachschaftsrat ist im studentischen Akkreditierungspool und im Akkreditierungsverbund für Studiengänge der Architektur und Planung vertreten und wirkt als Interessenvertretung gegenüber den Berufsverbänden. Bei jedem zweiten Treffen des BFSR kommen weitere 120 – 200 Studierende zu einer begleitenden Veranstaltung hinzu: dem PlanerInnenTreffen (PIT). Durch das PIT sollen auch Studierende, die noch nicht aktive Mitglieder der Fachschaften sind, an Hochschulpolitik herangeführt werden. In hochschulpolitischen Workshops werden sie über studienrelevante Rechte und Möglichkeiten zur Teilnahme an der Studiengestaltung aufgeklärt und Gespräche über unterschiedliche Studienmodelle und -schwerpunkte geführt. Fachbezogene Workshops regen zu Diskussionen über neue Planungsphilosophien und anderen Denkweisen an. Das PIT wandert von Stadt zu Stadt. Durch diese wechselnde Organisation und Ausrichtung teilen sich die Fachschaften den Aufwand und jeder regelmäßige „PITler“ kommt innerhalb von dreieinhalb Jahren durch ganz Deutschland bis nach Wien und Rapperswil.



Sowohl durch die Vorbereitung als auch die Teilnahme an einem PIT machen die Studierenden vielfältige Erfahrungen. Organisatorisch von der Vorbereitung einer Exkursion bis zur Planung einer Großveranstaltung, hochschulpolitisch von der Wahl des Studienstandortes bis zur Grundlagendiskussion der Studieninhalte, fachlich von der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum bis zur Planung in Metropolen – das PIT schafft einen Blick über den eigenen Tellerrand, wie von den Berufspraktikern oft gefordert. **Laura Bornemann, Studentin der Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin**



Das PIT ist eine tolle Möglichkeit Studierende der Stadt- und Raumplanung aus Deutschland und Europa kennen zu lernen. Neben der Vernetzung und der hochschulpolitischen Arbeit wird man durch Workshops auf neue Themen und Projekte aufmerksam. **Andreas Klostermeier, Student der Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel**



Für weitere Informationen und Kontaktadressen steht die Homepage des BFSR zur Verfügung: <http://planungsstudium.fsasl.de>

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft

Sie sind hier: Startseite > Forschung > Hochschulforschung: Dissertationsvorhaben >

Hochschulforschungsprojekte

Handlungsfeld "Zivilgesellschaft"

Dissertations-/ Forschungsvorhaben

Bearbeiter/in	Titel
Abou El Magd, Shaimaa	1) Rehabilitation of Slums, Evaluation and development process in Greater Cairo Egypt
Abt, Jan	2) Operationalisierung von Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der räumlichen Planung
Albers, Hans-Hermann	3) "Corporate Urban Responsibility"
Arjmandebasi, Parisa	4) Policy Making in the Field of Urban Gardens and Agricultural Lands' Conservation (Sustainable Development Approach)-Case study: Regions 1, 2 and 18 of Tehran
Becker, Elke	5) Die Zivilgesellschaft in der Metropolregion
Becker, Sebastian	6) Change Agents in Permakulturprojekten
Berger, Corinna	7) Freiräume für die Gesundheit: Potenziale von Industriebrachen im Ruhrgebiet
Bertram, Grätsche	8) Wider die Renaissance der Stadt? Zur Rolle bürgerschaftlicher Opposition in Stadtpolitik und
Bertram, Henriette	9) Re-Imaging Belfast: Stadtentwicklung und symbolische Bedeutungen des Raums in der post-conflict city
Bornhorst, Judith	10) Wie wirkt Planung? Theorie und Praxis der Stadtentwicklungsplanung am Beispiel der Entwicklung des Wohnens in wachsenden Großstädten
Brandstetter, Benno	11) Anspruch und Realität des Instrumentes Integrierte Stadtentwicklungsplanung in den neuen Bundesländern
Braukmann, Till	12) Multilokalität – Auswirkungen auf abgelegene, ländliche Herkunftsräume
Brückner, Frank	13) Zur Bedeutung und den Funktionen strategischer Öffentlichkeitsarbeit im Stadtbau. Eine Orientierungshilfe für die Praxis.
Faller, Bernhard	14) Die geschenkte Stadt – Mäzenatentum in der deutschen Stadtentwicklung
Fischer, Thomas	15) Kulturprozesse im Stadtbau

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Multilokalität – Auswirkungen auf abgelegene, ländliche Herkunftsräume

Sie sind hier: Startseite > Forschung > Hochschulforschung: Dissertationsvorhaben >

Multilokalität – Auswirkungen auf abgelegene, ländliche Herkunftsräume

Zur Person

Name: Till Braukmann
 Jahrgang: 1980
 Stationen Ausbildung: Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung an der Uni Kassel, Praktikum beim European Projects Team der City of Norwich
 Derzeitiger Arbeitsplatz/Universitätsstandort der Doktorarbeit: Uni Kassel, Fachbereich ASL (Architektur, Stadt und Landschaftsplanung); Stadt- und Regionalplanung (Prof. Dr. Aring und Prof. Dr. Reuther)

Forschung

Art des Projekts, Status: Dissertationsprojekt, laufend
 Titel (Arbeitstitel): Multilokalität – Auswirkungen auf abgelegene, ländliche Herkunftsräume
 Themenschwerpunkt Nationale Stadtentwicklungspolitik: Zivilgesellschaft

Kurzbeschreibung:
 Immer mehr Menschen leben multilokal – das heißt, sie haben einen zweiten (manchmal auch einen dritten, vierten...) Wohnort, den sie regelmäßig nutzen. Sie tun das zum Beispiel, weil sie in der Nähe ihrer Heimatstadt keine geeignete Arbeitsstelle finden, ein Ferienhaus besitzen oder eine Fernbeziehung führen. In meiner Dissertation beschäftige ich mich mit denjenigen Multilokalen, die in ländlichen, peripheren Räumen leben und zum Arbeiten – in der Regel während der Woche – anderswo leben. Dabei geht es um die Frage, wie sich diese Lebensweisen auf die betroffenen Orte und ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen auswirken. Im Hintergrund steht die These, dass Multilokalität einen stabilisierenden Effekt auf diese Standorte ausübt indem sie in vielen Fällen Abwanderung und Arbeitslosigkeit vermindert und durch die Familien der Betroffenen die demografische Situation verbessert.
 Dazu werden Fallstudien in mehreren kleinen Städten und Dörfern durchgeführt, in denen qualitative Interviews sowohl mit Multilokalen, als auch mit Akteuren aus Gesellschaft, Ökonomie und Politik durchgeführt und ausgewertet werden.

Weitere Forschungsvorhaben/-interessen:
 Planung und räumliche Entwicklung in der kommunalen Finanzkrise

Wer promoviert zu welchen Themen?

Online-Datenbank zu Dissertationen im Bereich der Stadtentwicklung

Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik will das BMUB Hochschulforschung und Politik stärker verzahnen. Ein wichtiger Baustein akademischer Forschung sind die Promotionsvorhaben der Nachwuchswissenschaftler. Viele Dissertationsthemen sind von hohem Interesse für die wissenschaftliche Politikberatung, aber auch für die Arbeit der kommunalen Praxis. Dennoch ist es schwierig, tatsächlich in Dialog zu treten, da oft nicht transparent ist, wer zu welchen Themen promoviert.

Auf Initiative von Nachwuchswissenschaftlern ist daher eine online-Datenbank entstanden, die einen Überblick über Dissertationsvorhaben gibt und dies auf den Seiten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik öffentlich zugänglich macht. Der Schwerpunkt der Datenbank liegt auf laufenden Dissertationsvorhaben, die räumliche und planerische Fragestellungen erforschen. Die Arbeiten sind thematisch entlang der sechs Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sortiert und decken damit folgende Bereiche ab: Zivilgesellschaft, Soziale Stadt, Innovative Stadt, Baukultur, Klimaschutz & soziale Verantwortung und Regionalisierung. Über einen Kurzsteckbrief erhält man neben Angaben zu Inhalt und Methodik der Dissertationen auch relevante Hintergrundinformationen zu Lehrtätigkeiten

und weiteren Forschungsschwerpunkten der jeweiligen Bearbeiter sowie ihre Kontaktdaten. In Kürze wird es darüber hinaus möglich sein, die Datenbank nach Schlagworten zu durchsuchen. Über die öffentliche Bereitstellung dieser Informationen wird es allen Interessierten ermöglicht, mit Promovierenden in Kontakt zu treten, die zu Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung forschen. So kann ein für beide Seiten fruchtbarer Austausch entstehen. Die Nachwuchswissenschaftler können von Kontakten zu Praxis und Politik profitieren und dort ihre Erkenntnisse beratend einbringen. Die Vielfalt der in der Datenbank erfassten Themen und methodischen Herangehensweisen bietet sowohl bei anwendungsorientierten als auch grundlagenbezogenen Fragestellungen Anknüpfungspunkte. Insbesondere im Rahmen laufender Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kann der Wissenstransfer zwischen akademischer Forschung und planerischer Praxis sinnvolle Synergien erzeugen.

Warum ich promoviere ...

Planungsmethoden auf dem Prüfstand



Der Einsatz von Methoden ist in einem systematischen Planungsprozess von großer Relevanz. Mit Methoden lassen sich Planungsprozesse und Entscheidungswege transparenter und nachvollziehbarer gestalten. Und sie sind ein Kernelement in der Hochschulbildung von Planerinnen. Entsprechend untersuche ich in meiner Dissertation „Planungsmethodeneinsatz in Theorie und Praxis – Methodenverständnis, Hemmnisse und Erfolgskriterien“ den Methodeneinsatz in der räumlichen Planung. Im ersten Teil meines Projekts analysiere ich die Wahrnehmung und das Verständnis des Methodeneinsatzes aus der Perspektive von Planerinnen. Der zweite Teil identifiziert Hemmnisse beim Einsatz verschiedener Methoden (Kreativitätsmethoden, Nutzen-Kosten-Analyse oder Evaluation) im Berufsalltag von Planerinnen und zeigt Wege zu deren Überwindung auf.

Dazu habe ich mehr als 50 Interviews mit Planerinnen geführt und in vier Fallstudien (je zwei Planungsprojekte in Fulda und Frankfurt aus den Programmen Stadtumbau/Soziale Stadt) den Methodeneinsatz analysiert. Ziel des Promotionsprojekts ist es, den Einsatz von Methoden besser zu verstehen, um Methoden in der räumlichen Planungspraxis in Zukunft besser einsetzen zu können.

Dipl.-Geogr. Anna Hoffmann promoviert am Institut für Geographie an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Kulturelle Prozesse im Stadtumbau



Die sehr komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen Schrumpfung und Verlusterfahrung sowie der Notwendigkeit von Stadtumbaumaßnahmen lassen sich in Planungsprozessen für viele Akteure oft nur schwer und unzureichend vermitteln. Gleichzeitig beobachte ich, dass vermehrt neue Disziplinen und Zugänge wie z. B. Darstellende und Bildende Kunst, Musik und Sport etc. positiven Einfluss auf den Stadtumbau nehmen. Im Rahmen meiner Dissertation untersuche ich solche kulturellen Prozesse als neue Dimension im Stadtumbau. Ziel der Arbeit ist es, kulturelle und künstlerische Interventionen in der bisherigen Stadtumbaupraxis zu analysieren sowie deren Abläufe, Hemmnisse und Erfolgsfaktoren zu identifizieren. Methodisch wurden inzwischen deutschlandweit über 500 Stadtumbaustädte befragt. Nach einer näheren Untersuchung ausgewählter

Fallstudien werden darauf aufbauend die in der Praxis angewandten Prinzipien und Verfahren geprüft, hinterfragt und systematisiert. Schlussfolgernd sollen daraus Handlungsempfehlungen für die Planungspraxis und Planerausbildung abgeleitet werden.

Stadtplaner Thomas Fischer promoviert am Fachgebiet Stadtumbau und Ortserneuerung der Technischen Universität Kaiserslautern / www.uni-kl.de/stadtumbau

Re-Imaging the Post-Conflict City

Der Umgang mit dem räumlichen und gebauten Erbe des Nordirlandkonflikts in Belfast



Nach der Beilegung von innerstaatlichen Konflikten stellt sich u. a. die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit: Ehemals verfeindete Gruppen leben zusammen und haben divergierende Vorstellungen darüber, wie und woran erinnert werden soll. Ein Spannungsfeld zwischen dem Bedürfnis nach Neuanfang und dem Wunsch nach Anerkennung des Erlebten entsteht. Konflikte hinterlassen in Städten auch räumlich stark wahrnehmbare Spuren, so dass viele Orte in der Stadt als Erinnerungsträger gelten und symbolisch aufgeladen sind. Die Gestaltung dieser Orte nach dem Ende des Konflikts ist daher oft schwierig. Ich untersuche den Umgang mit dem räumlichen Erbe des Nordirlandkonflikts am Beispiel von drei Stadtentwicklungsprojekten in Belfast nach dem Karfreitagsabkommen. Es geht mir darum herauszufinden, wie über

die Neugestaltung der Orte diskutiert wird, welche Denk- und Handlungslogiken für die beteiligten Akteure im Vordergrund stehen und welchen Bezug zum Umgang mit der Vergangenheit sie sehen. Damit möchte ich dazu beitragen, die Debatten der Stadtentwicklung und der Vergangenheitsbewältigung – die meist getrennt betrachtet werden – stärker zu integrieren.

Dipl.-Kulturwiss. Henriette Bertram promoviert am Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Kassel.



Bildnachweis

Titel: Alexander Lech

Innenseite vorne: E. Khandzratyan

S. 3: Bundesregierung/Steins

S. 4 - 5: Sergej Horovitz

S. 6 - 7: E. Khandzratyan

S. 8 - 9: E. Khandzratyan

S. 10: Florian Danner, Hans Friedrich

S. 11: Netzwerk ROPE e.V.

S. 13: Sergej Horovitz

S. 14: Sergej Horovitz

S. 20: Moritz Mechtel

S. 24: Sandra May

S.25: Diestels Sonnengarten

S. 26: Susanne Thomaier

S. 27: o. Anna Zdiara, u. Johann Wilts

S. 28: Michael Reiche

S. 29: Ivo Mayr

S. 33: Marie Hoppe, Lydia Krebil, Ben Lebek, Valentin Meilinger, Marie Kefenbaum, Paul Schleef, Niklas Turner, Jasmin Pasternak

S. 34 - 35: Felix Bunke, Ann-Christin Flesch, Anna Gumm, Marcus Pöggel, Theresa Richter, Carina Tremmel, Sina Vielberg, Jens Will, Judith Zschech

S. 38 - 39: Sofie Arnold, Hanna Denecke, Raphael Domin, Maximilian Henkel, Pascale Kaell, Jason Schejno, Monika Spoerhase, Anna Oelrichs

S. 40: Ulrich Berding

S. 41: Ivo Mayr

S. 42: Daniela Karow-Kluge

S. 43: Ivo Mayr

S. 45: o. Christian Treffler, u. Alexander Lech

S. 46: o. Planungslabor, u. TU Darmstadt/A. Zdiara

S. 47: HfbK Hamburg/J. Fezer

S. 48: o. Forum Stadtforschung/E. Vittu, u. privat

S. 50: privat

Innenseite hinten: E. Khandzratyan



Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Referat SW I 3
11055 Berlin

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Bearbeitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung (BBR)
Stephan Willinger

Technische Universität Berlin
Prof. Dr. Dietrich Henckel, Susanne Thomaier,
Sandra May

RWTH Aachen University
Prof. Dr. Klaus Selle, Dr. Daniela Karow-Kluge

Gestaltung und Satz

re-do.de, Dessau
Doreen Ritzau

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
1.500 Exemplare

Bestellungen

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

November 2014